

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



2/2015

Alarmsignale aus der Herzkammer der Demokratie

Die Alarmzeichen sind unübersehbar: Die Wahlbeteiligung sinkt auf allen Ebenen. Politische Gruppierungen mit einfachen Botschaften und geringer Kompromissbereitschaft erobern die politische Bühne. Nach ihren Erfolgen bei der Europawahl 2014 ist die europakritische „Alternative für Deutschland“ in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Hamburg in die ersten Landesparlamente eingezogen.

Bürgerinnen und Bürger zeigen ein zunehmend distanziertes Verhältnis zur Politik. Verstehen die Eliten die Befindlichkeiten der Bevölkerung nicht mehr? Und ist der Bundestag noch die „Herzkammer der Demokratie“? Gleich mehrere Tagungen beschäftigten sich mit diesen Fragen.

ab Seite 3



Immer mehr Bürgerinnen und Bürger reagieren skeptisch und kritisch auf die Entscheidungsprozesse in der repräsentativen Demokratie – hier der Plenarsaal des Deutschen Bundestags
Foto: [wikimedia commons/whitehouse.gov](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plenary_of_the_Bundestag.jpg)

Die europäische Krise



Der Versuch, Griechenland herauszubrechen...

... und die Folgen

Karikatur: Stuttmann

Die Situation in Griechenland, die Debatte vor den Unterhauswahlen im Mai über den EU-Austritt Großbritanniens und die schwierigen Beziehungen zu Russland waren die Akzente europapolitischer Tagungen.

ab Seite 14

Digitalisierung der Städte

Unsere Städte prägen Lebensformen. Auf engem Raum entfalten und überlagern sich unterschiedliche Konzepte. Planer und Kommunalpolitiker stehen vor Herausforderungen: bei der Planung von Gebäuden, bei der Gewährleistung einer geeigneten Infrastruktur sowie eines sozialen Miteinanders und des Umweltschutzes. In Kooperation mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau wurden die Fragen diskutiert.

Eine weitere Tagung beschäftigte sich in Coburg mit dem Verhältnis von Ethik, Ästhetik und Politik in der Architektur.

Seite 19

Misstrauen und Unverständnis	Seite 3
Herzkammer der Demokratie?	5
Politische Partizipation neu gestalten	8
Getrennte Wirklichkeiten	11
Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik	13
Finanzpolitik im Euroraum	14
„Die Briten sind pragmatische Europäer“	15
Vom Kampf ohne Waffen	16
Großmächte auf dem Weg zu Weltmächten	18
Die Digitalisierung der Stadt als Herausforderung	19
Ungebremst in die Zukunft?	21
Architek-Touren durch Coburg	22
Grenzüberschreitungen im Zeitraffermodus	24
Öko-Lebensmittel und Innschiffahrt	24
Ein unpräntiöser Mann der ersten Stunde	25
Pressespiegel	26
Themen - Tagungen - Termine	29
Namen und Nachrichten	32

BLICK ÜBER DEN SEE

Wovon hängt es ab, ob Zufluchtsuchende in deutschen Städten und Gemeinden freundlich aufgenommen werden oder nicht? Letzte Antworten auf diese Frage gibt es nicht, zu unterschiedlich sind nicht nur Unterbringungsverhältnisse (zentral oder dezentral) und Ortsgrößen. Unbestritten dürfte sein, dass auch die Situation der ortsansässigen Bevölkerung eine Rolle spielt: Je stabiler die eigene Einbindung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft, je größer das Vertrauen in eine sichere Zukunft auch für die eigenen Nachkommen, desto eher sind Menschen bereit, erstens potentielle Konkurrenz und zweitens Andersartigkeit hinzunehmen. Und es findet ein Abgleich statt: Vermeintliche Privilegien, wie kostenlose Krankenhilfe und soziale Unterstützung für Asylbewerber, werden nur dann hingegeben, wenn man die Hintergründe kennt, warum Leistungen gewährt werden.



Vermutlich hängt die Aufnahmebereitschaft auch von der Diversität der Aufnahmegesellschaft ab. Aber selbst eine Einwanderungsgesellschaft ist nur dann aufgeschlossen, wenn diejenigen, die schon vor längerem zugewandert sind, gut genug integriert sind, um die Konkurrenz durch die ganz Neuen nicht fürchten zu müssen. Und vor allem ein Zusammenhang erscheint offensichtlich: Die Bereitschaft, Migration und die damit verbundene Diversität hinzunehmen, hängt nicht zuletzt davon ab, dass man nachvollziehen kann, warum sich unsere Gesellschaft so stark wandelt. Wer will, dass Gesellschaft und Unternehmen tatsächlich von Einwanderung profitieren, kann dazu einen zentralen Beitrag leisten: Eine urteilsfähige Bürgerschaft, die die politischen und historischen Ursachen der gesellschaftlichen Veränderungen erkennt, kann auch mit deren Folgen besser umgehen; vor allem dann, wenn sie zudem auf Einwanderer trifft, die verlässliche Bildungschancen wahrnehmen können und auch wahrnehmen.

Einer von vielen Gründen, froh über die Existenz der Akademie für Politische Bildung zu sein.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Akademie-Report

HERAUSGEBER:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

REDAKTION:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Misstrauen und Unverständnis

50. Akademiegespräch im Landtag

Die Alarmzeichen sind unübersehbar: Sinkende Wahlbeteiligungen und politische Gruppierungen, die mit einfachen Botschaften und geringer Kompromissbereitschaft die politische Bühne erobern. „Montagsdemonstrationen“ in Dresden und anderen deutschen Städten wenden sich gegen eine vermeintliche „Islamisierung des Abendlands“. Nach ihren Erfolgen bei der Europawahl 2014 ist die europakritische „Alternative für Deutschland“ in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Hamburg in die ersten Landesparlamente eingezogen.

Aktuelle Anlässe gab es genug, das 50. Akademiegespräch im Landtag unter das Motto „Misstrauendes Volk – unverständene Politik“ zu stellen. Landtagspräsidentin Barbara Stamm wie auch ihr Vor-Vorgänger Johann Böhm erinnerten an die große Bandbreite der Themen und Prominenz der Referenten seit dem ersten Akademiegespräch im Jahr 1996: Russland, der Islam, Globalisierung, Euro und Finanzkrise, Joachim Gauck, Lech Walesa, Udo Steinbach – um nur wenige zu nennen.

Vergleich mit 1968

Der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, der mit Böhm die Akademiegespräche begründet hatte, erinnerte an die alte und immer wieder aktuelle und notwendige Aufgabe der politischen Bildung: „Aufklärung und Rationalität sind unsere Ziele. Auch wenn das in der kommunikativen Demokratie zunehmend schwierig ist.“ Die gegenwärtige Akzeptanzkrise der repräsentativen Demokratie habe Ähnlichkeit mit der Situation von 1968 – „nur alles ohne die damalige Ideologie“.

Das Reden mit den Unzufriedenen sei nötig. Oberreuter verteidigte ausdrücklich den Vizkanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der sich in eine Veranstaltung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung gesetzt habe, um die Positi-

onen der „Pegida“-Anhänger anzuhören. Zu oft seien Politiker erklärungsschwach („viel reden, aber wenig sagen“). Ihre Aufgabe sei es, die Radikalen zu demaskieren und die Besorgten zu informieren. Die Bevölkerung habe ein Recht auf einen aufklärerischen Diskurs, sagte Oberreuter.

Verringerte Steuerungsfähigkeit

Akademiedirektorin Ursula Münch warnte vor einem Fehler: „Wir dürfen angesichts der Herausforderungen nicht zum Tagesgeschäft übergehen. Verstörend viele sind unzufrieden.“ An den gegenwärtigen Zuständen

dürfe man nicht nur den Medien die Schuld geben. Die Globalisierung und Europäisierung der Politik verringerten die Steuerungsfähigkeit der nationalen Politik. Immer mehr Kompromisse seien nötig und müssten erklärt werden. Hochgeschraubte Erwartungen seien nur schwer oder gar nicht zu erfüllen. Verantwortlichkeit sei immer weniger identifizierbar und politische Prozesse spielten sich immer mehr auf unsichtbaren Hinterbühnen ab.

Politische Positionen seien immer schwerer unterscheidbar und die zunehmende Mitte-Orientierung der großen Parteien führe oft zu einer Abwendung von der Politik. Die Parteien müssten sich wieder mehr um die kümmern, die sich bereits von der Politik verabschiedet haben, forderte Münch. Nichtwähler seien besonders in sozial benachteiligten Schichten anzutreffen. Persönliche Kommunikation und das Kennen von Politikern wirke der Distanz und Geringachtung entgegen, sagte sie.

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi warnte vor zuviel Skepsis: „Demokratien sind nicht stabil. Sie leben von Kontrolle und Kritik. Die Opposi-



Ursula Münch im Gespräch mit dem Münchner Soziologen Armin Nassehi

tion ist die eigentliche Kraft der Demokratie.“ Sie dürfe sich nur nicht außerhalb und gegen das System stellen. Die Diskrepanz zwischen den Erwartungen an die Politik und ihren tatsächlichen Möglichkeiten nehme zu.

Zukunftsängste

Wegen der zunehmenden Komplexität politischer Probleme und Prozesse fehle es an Zeit, politische Entscheidungen zu erklären oder Argumente vorzubringen. Als Ausdruck dieses Überlastungssyndroms sei „Pegida“ entstanden. Die „Pegida“-Anhänger seien nicht die total Abgehängten, sondern eher ein kleinbürgerliches Klientel, das Angst um seine Zukunft und wirtschaftliche Existenz habe. Nassehi betonte Kommunikation und gegenseitigen Respekt: „Man muss Dinge ernst nehmen, auch wenn man sie ablehnt. Das ist moderne Kultur. Mit einem extremistischen Bodensatz kann eine starke Demokratie umgehen“, sagte Nassehi.

Schwache Religion

In der Diskussion sagte der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung Frank Rich-



Frank Richter: „‘Pegida’ ist eine Marke ohne Substanz“

ter, „Pegida“ sei eine Marke geworden, habe aber keine Substanz. Es gebe besonders im Osten Deutschlands einen Problem- und Gefühlsstau, der nach 25 Jahren Einheit aufbreche. Ursache seien die Folgen und Probleme der Transformation, die für viele Bürgerinnen und Bürger noch

nicht gelöst seien. Flüchtlinge und Fremde würden als Bedrohung wahrgenommen, auch wenn es kaum direkte Kontakte und Erfahrungen mit ihnen gibt. Außerdem hätten viele Zuwanderer eine sehr starke Bindung an ihre Religion – oft ist das der Islam. Im Gegensatz dazu spiele Religion bei 80 Prozent Nicht-Christen im Osten Deutschlands nur eine geringe und schwache Rolle.

Nassehi ergänzte: „Die Menschen suchen einfache Erklärungen. Dafür sind Feindbilder gut.“ Oberreuter ist der Meinung, dass der harte „Pegida“-Kern unbelehrbar ist und auf seinen Positionen verharret. „Aber die Peripherie der Bewegung weicht auf. Diese Ränder müssen zurückgewonnen werden.“ Richter forderte „intelligentere Formen der politischen Kommunikation“ und Nassehi wünscht sich, dass „wir die repräsentative Demokratie sinnvoll ergänzen.“

Michael Schröder

(siehe Presseschau Seite 26/28)



Diskussion über das „misstrauende Volk und unverstandene Politik“: Armin Nassehi, Ursula Münch, Frank Richter und Heinrich Oberreuter (von links)

Fotos: Schmid

Herzkammer der Demokratie?

Zur Gestaltungsmacht des Bundestags in Zeiten der Großen Koalition

Ist der Bundestag noch „der Ort, an dem die wesentlichen Entscheidungen für unser Gemeinwesen getroffen werden“, wie es der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle 2011 gefordert hatte? Und wie wirkt sich die Bildung der nunmehr dritten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Stellung des Parlaments aus? Das waren zentrale Fragen einer Tagung, die die Akademie und die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen (DVPa) gemeinsam durchführten.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung rückte der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter die Maßstäbe zurecht. Krisendiagnosen zum Zustand der parlamentarischen Demokratie bezögen sich oft auf ein vermeintlich „Goldenes Zeitalter“ des Parlamentarismus, in dem die Legislative der alleinige Letztentschei-



Heinrich Oberreuter: „In der Politik macht sich eine ‚Ausnahmestandsmentalität‘ breit“

der in allen relevanten Fragen gewesen sei. Doch das entspräche mehr Wunschdenken als historischer Realität. Gleichwohl identifizierte Oberreuter einige Alarmsignale, die einen kritischen Blick rechtfertigten. So wende die Bundesregierung mitunter geltende Gesetze aus eigener Machtvollkommenheit nicht an oder komme ihren Informationspflichten gegenüber dem Bundestag nicht nach, so dass dieser den Entscheidungsprozess

in der Europäischen Union gar nicht beeinflussen könne. Zudem mache sich eine gewisse „Ausnahmestandsmentalität“ in der Politik breit, womit Machtverschiebungen hin zur Exekutive legitimiert würden. Damit gerate jedoch nicht nur unsere Demokratie, sondern auch der Rechtsstaat in Gefahr, zu dessen Kernelementen der Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes gehöre – und zwar von Gesetzen, die der Bundestag als einzig direkt legitimates Organ maßgeblich gestalte und nicht nur nachträglich ratifiziere.

Dessen zentrale Stellung sei zudem durch die Entwicklung hin zu einer assoziativen Demokratie bedroht. Damit beschrieb Oberreuter den wachsenden Einfluss von Verbänden, Expertengremien und anderen gesellschaftlichen Akteuren, die unter Ver-

weis auf die Komplexität von politischen Sachverhalten oftmals anstelle des Bundestages Entscheidungen trafen. Hierdurch würden jedoch die Grundsätze von Transparenz und Partizipation als Säulen unserer Demokratie untergraben, wodurch diese ins Wanken geraten könne.

Assoziative Demokratie

Nach dieser kritischen Bestandsaufnahme näherte sich Michael Koß (Universität München) den Leitfragen der Tagung aus einer vergleichenden Warte. Sein Fazit: Innerhalb Europas ist der Bundestag unverändert das mächtigste Parlament, was er durch eine Analyse der einzelnen Funktionsbereiche untermauern konnte. Gerade auf die Gesetzgebung könne der Bundestag im europäischen Vergleich einen überdurchschnittlichen Einfluss ausüben, und auch bei der Besetzung von Ämtern sei er gut positioniert. Hinsichtlich der Kontrollfunktion verfüge er zwar nur über ein geringes Konfrontationspotential gegenüber der Regierung, aber zumindest über maßgebliche Informationsrechte. Repräsentationslücken und -verzerrungen seien nicht zu verkennen, aber auch diese folgten europaweit eher wellenförmigen Bewegungen denn linearen Trends.



Unsere Tagung fragte nach der Macht des Parlaments in Zeiten der Großen Koalition
Foto: wikimedia commons / Tobias Koch

Die zweite Sektion der Tagung war der jeweiligen Rolle von Regierungskoalition und Opposition gewidmet. Zunächst erläuterte Patrick Horst (Universität Passau) den aktuellen Stand der Koalitionsforschung, deren Augenmerk mehr auf der Bildung und dem Zerfall als auf dem Management von Koalitionen läge. Horst bilanzierte, dass Große Koalitionen grundsätzlich nicht zu parlamentarischer Ohnmacht, sondern im Gegenteil zu einer gesteigerten Gestaltungsmacht für die Regierungsfaktionen führten. Im Falle der aktuellen Bundesregierung räumte er aber auch ein, dass diese vor allem von den drei Parteivorsitzenden beherrscht werde, während etwa die Fraktionsvorsitzenden oder auch der Koalitionsausschuss nur eine untergeordnete Rolle spielten.



Michael Grosse-Brömer: „Die Bundeskanzlerin hat die große Bedeutung der Fraktion erkannt“

In der anschließenden Podiumsdiskussion wies demgegenüber Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, auf das beachtliche Selbstbewusstsein der direkt gewählten Abgeordneten hin, die aufgrund ihrer lokalen Verankerung nur recht schwer zu koordinieren seien. Umgekehrt habe die Bundeskanzlerin die große Bedeutung der Fraktion erkannt und nehme an deren Sitzungen auch regelmäßig teil. Dies relativiere den Einfluss der Parteivorsitzenden, zwischen denen im Übrigen ein gutes persönliches Verhältnis bestehe. Einvernehmen herrschte

zwischen Grosse-Brömer und Ludwig Stiegler, dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, darüber, dass Große Koalitionen von beiden Partnern nicht gewollt und daher immer nur ein Bündnis auf Zeit seien. Interessant war zudem die Einigkeit auf dem Podium, dass insbesondere die SPD in der aktuellen Koalition anders agiere als in der Legislaturperiode von 2005 bis 2009 – sie habe inzwischen akzeptiert, nicht Regierung und Opposition zugleich sein zu können, und sei daher bemüht, die (gemeinsamen) Erfolge der Koalition herauszustellen.

Zur Bedeutung der Opposition verwies zunächst Susanne Linn, Leiterin der Abteilung Parlament und Abgeordnete bei der Bundestagsverwaltung, auf die verfassungsrechtlich abgesicherten Minderheitenrechte, die durch das Bundesverfassungsgericht ausgestaltet und auch in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert worden seien. Beispielhaft verdeutlichte sie dies an den Möglichkeiten, Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen einzusetzen, an den umfangreichen Anfragerechten oder an der abstrakten Normenkontrolle.

Abgesenkte Quoren

Linn betonte zugleich, dass die Opposition nicht nur eine Kontroll- und Kritikfunktion habe, sondern auch eine wichtige Rolle beim Einbringen politischer Alternativen, etwa in Form von Gesetzesinitiativen, übernehme. Welche Bedeutung alle Akteure diesen Minderheitenrechten zumäßen, zeige sich auch daran, dass die erforderlichen Quoren angesichts der übergroßen Mehrheit der aktuellen Koalition für die Dauer der laufenden Legislaturperiode abgesenkt wurden. In der Praxis, so Linns Fazit, zeige sich ein konstruktives Miteinander von Mehrheit und Minderheit in Verfahrensfragen, so dass die Opposition weiterhin handlungsfähig sei. Dieser eher konsensual gestimmte Eindruck bestätigte sich auch in der folgenden Diskussionsrunde, an der der bayerische Landesvorsitzende der Grünen, Eike Hallitzky, sowie die Bundestagsabge-

ordneten Dietmar Bartsch (Die Linke) und Max Straubinger (CSU) teilnahmen. Zwar betonte Hallitzky, dass es keine Koalition in der Opposition und auch kein Anbieten an einen potentiellen künftigen Koalitionspartner gäbe.

Bartsch berichtete von Allianzen über Parteigrenzen hinweg, die etwa aus der gemeinsamen regionalen Herkunft der Abgeordneten resultierten. Befragt zu den Möglichkeiten, politischen Einfluss auszuüben, verwies er vor allem auf den Bundesrat – wobei Bartsch auch einschränkte, dass Oppositionsarbeit oftmals von der Zuspitzung lebe und diese nicht immer mit den Interessen der Länder in Einklang zu bringen sei. Natürlich spielte auch eine mögliche rot-rot-grüne Bundesregierung in dieser Diskussionsrunde eine Rolle, aber auch dabei war auf dem Podium von Aufgeregtheit keine Spur. Denn, so die einvernehmliche Feststellung, Koali-

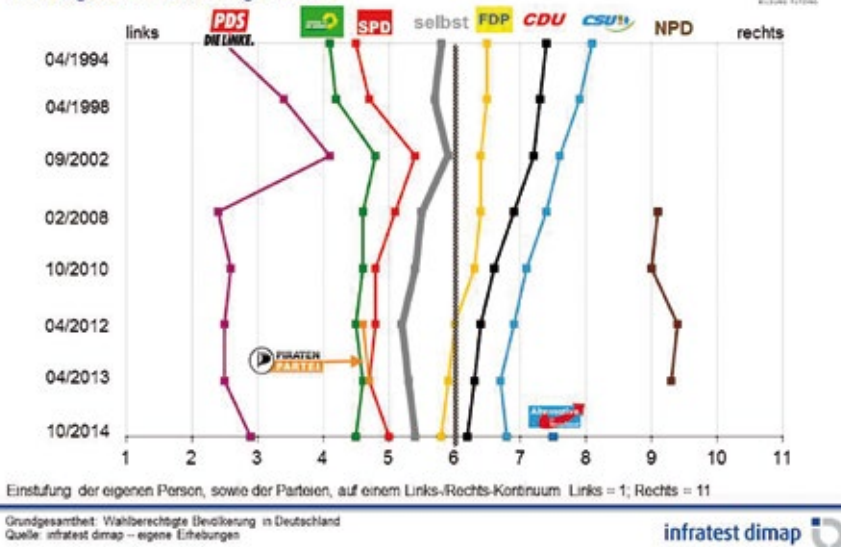


Dietmar Bartsch: „Oppositionsarbeit lebt von der Zuspitzung“

tionen seien auf einen gesellschaftlichen Rückhalt angewiesen, und dieser bestehe zumindest zum jetzigen Zeitpunkt für ein solches Bündnis nicht.

Wahl- und Meinungsforscher Stefan Merz von Infratest dimap unterstrich in seinem Vortrag zunächst die auch im historischen Vergleich hohe Zufriedenheit mit der Bundesregierung von 51 Prozent. Sie sei darauf zurückzuführen, dass zentrale Punkte aus dem Koalitionsvertrag auf breite Zustimmung in der Gesellschaft stie-

Bundestag und Große Koalition im Spiegel der Demoskopie Ideologische Verortung der AfD



Ideologisch steht die AfD dort, wo die Union noch bis Ende der 1990er Jahre angesiedelt war

ßen, der Koalition eine große Problemlösungskompetenz zugebilligt würde und deren Spitzenvertreter ein hohes Ansehen genossen. Diese positive Bewertung erstreckte sich auch auf die einzelnen Parteien in der Bundesregierung – mit Ausnahme der CSU, der nur 29 Prozent der Befragten ein gutes Zeugnis ausstellten. Die Oppositionsparteien könnten hingegen nicht überzeugen, denn ihre Werte verharrten sowohl hinsichtlich der Problemlösungsfähigkeit als auch bei der Politikerbewertung auf niedrigem Niveau. Abschließend ging Merz ausführlich auf die Alternative für Deutschland (AfD) ein, die erfolgreich frühere Wähler aller Parteien und auch ehemalige Nichtwähler an sich binde.

Ausschlaggebend für die Wahl der AfD sei oftmals die Enttäuschung über die anderen Parteien und weniger das programmatische oder personelle Angebot der AfD selbst. Ideologisch lasse sich die Partei auf der Links-Rechts-Skala genau dort verorten, wo die Union noch bis Ende der 1990er Jahre angesiedelt war, bevor sie sich stärker zur politischen Mitte hin orientierte. Dieser Befund nährte auch in der anschließenden Diskussion Spekulationen darüber, ob sich die Partei dauerhaft als konservative Kraft etablieren könne.

Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg) hob bei seiner Analyse der Gesetzgebungstätigkeit der Großen Koalition zunächst deren durchwachsene Rahmenbedingungen hervor: Zwar verfüge die Regierung im Bundestag über eine sehr große Mehrheit, sie sei im Bundesrat aber in der Minderheit und sehe sich auch mit der Eintrübung einiger ökonomischer Indikatoren konfrontiert. Gleichwohl habe die Koalition schon im ersten Jahr ihres Bestehens eine beachtliche Gestaltungskraft entwickelt und vor allem mehrere tiefgreifende sozialpolitische Reformen ins Werk gesetzt. Mit dem Projekt eines ausgeglichenen Haushalts habe sie auch finanzpolitisch neue Wege beschritten. Schmidt kritisierte andererseits, dass die Koalition in manchen Bereichen eine „Politik durch Nichtentscheiden“ verfolge, und nannte beispielhaft die seit Jahren bestehende Investitionslücke, die zu Lasten der öffentlichen Infrastruktur gehe und ungebremst zu bedrohlichen Ausmaßen anwache. Unterm Strich zeige sich ein „rotlastiger schwarz-rot-grüner Politikmix“. Den Reformeifer der Koalition führte Schmidt unter anderem auf deren Glauben an die Steuerungsfähigkeit der Politik und die Steuerbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft zurück, der entsprechend weitgehende Projekte beflügeln.

Zum Abschluss der Tagung widmete sich Oskar Niedermayer (Freie Universität Berlin) den Folgen der gegenwärtigen Machtverteilung für das deutsche Parteiensystem. Er verwies zunächst darauf, dass schon kurz nach der Bundestagswahl bestehende Abgrenzungen zwischen den Parteien ins Wanken geraten seien – rot-rot-grüne Regierungen oder schwarz-grüne Bündnisse schienen nun nicht mehr ausgeschlossen und fänden in den Umfragen auch immer wieder rechnerische Mehrheiten. Da sich insbesondere die strukturelle Asymmetrie zwischen Union und SPD zu deren Lasten weiter verstärkt habe, sei die Versuchung gerade für die Sozialdemokraten groß, sich nach neuen Konstellationen

umzusehen. Bei den kleinen Parteien habe die FDP den Anschluss verloren und sei in den Umfragen in allen für die Wahlforschung relevanten Bereichen marginalisiert. Die AfD befinde



Oskar Niedermayer: „AfD in der Erfolgsspirale“ Fotos: Kunert / Haas

sich hingegen in einer regelrechten „Erfolgsspirale“, wodurch die Chancen der Union auf eine Alleinregierung minimiert würden. Niedermayer prognostizierte vor diesem Hintergrund keine dauerhafte Große Koalition, sondern vielmehr ein schwarz-grünes Bündnis, dem eine breite parlamentarische Opposition von der Linken bis zur AfD gegenüberstehen würde. ■

Jörg Siegmund

Politische Partizipation neu gestalten

Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie

Der Parlamentarismus steckt in einer Krise: Folgt man Umfragen und Medienberichten, zeigen die Bürgerinnen und Bürger ein zunehmend distanziertes Verhältnis zu politischen Eliten und Parteien. Diese Entwicklungen werfen für viele die Frage auf, wie zeitgemäß die repräsentative Demokratie überhaupt noch ist. Verstehen die Eliten die Befindlichkeiten der Bevölkerung nicht mehr? Prominente Referenten aus Wissenschaft und Politik haben sich mit (neuen) Formen politischer Partizipation auseinandergesetzt – und debattiert, inwiefern diese das System der gewählten Volksvertreter in Frage stellen.

Man könnte provozierend fragen: Was stört die Wutbürger von heute denn eigentlich? Sie haben doch unzählige Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen, nutzen diese aber nicht. Trotz demokratischer Wechselbeziehungen und formeller Anbindungen scheinen die Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und die Regierenden auf der anderen Seite immer mehr auseinanderzudriften: angefangen bei der sinkenden Wahlbeteiligung über wachsende Politikverdrossenheit bis zur lautstarken Aufkündigung der Loyalität gegenüber der politischen Ordnung.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürgern erscheint es, dass das politische System zu abgehoben, zu langsam, zu schlecht und zu (un)vorhersehbar agiert und es vor allem zu wenig inhaltliche und personelle Alternativen anbietet. Außerdem ballen sich Kompetenzen in scheinbar undurchschaubaren transnationalen Institutionen (wie etwa G7, G20, IWF, EZB u.a.). Doch auch selbst hat man keine Patentlösung parat: Denn sollte sich etwa alles von heute auf morgen umkehren und zum Beispiel die Europäische Union direktdemokratisch geprägt sein, würden doch nur diejeni-

gen profitieren, die sich für politische Zusammenhänge interessieren und sich auch entsprechend organisieren und artikulieren können. Diese vielfältigen Herausforderungen von Partizipation und repräsentativer Demokratie griff in seiner Analyse Manfred G. Schmidt von der Universität Heidelberg auf. Sein Problemaufriss ließ kaum Zweifel an der These: Bis die Bürger und ihre Repräsentanten (wieder) zusammenfinden, ist es noch ein weiter Weg.

Die mit der Verdrossenheit einhergehende Wahlmüdigkeit der Deutschen erklärte Frank Decker (Universität Bonn) anhand einer Studie aus Nordrhein-Westfalen, in der 78 Prozent der Befragten die Auffassung äußerten, durch Wahlen könne man



Frank Decker: „78 Prozent meinen, durch Wahlen könne man nichts ändern“
Fotos: Haas/Kunert



Karikatur: Jan Tomaschoff/toonpool.com

nichts ändern. Decker beschrieb zwei Anreize zur Erhöhung der Wahlbeteiligung: die Ausdehnung der wahlberechtigten Bevölkerung (Wählen ab 16 Jahren, dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer) und einen vereinfachten Urnengang (Online-Wahlen, Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale). Die Studie zeige außerdem, dass sich der Großteil der Bürger mehr direktdemokratische Verfahren wünscht.

„Wir haben keine Alternative zur repräsentativen Demokratie.“ Das sagt Hans-Jürgen Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Erstens sei die repräsentative Demokratie die einzige Form, in der Rechtsstaatlichkeit und Volksherrschaft vereint werden können. Zweitens sei eine direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild kein Allheilmittel. Denn viele komplexe Fragen, wie die der Renten- oder Gesundheitsreform, könnten nicht mit einem einfachen Ja/Nein-Votum beantwortet werden. Mehr Bürgerbeteiligung hält Papier für sinnvoll, doch muss dazu nicht das ganze politische und juristische System ausgehebelt werden. Insbesondere das direktdemokratische Instrument der Volksinitiative erscheine für die Bundesrepublik erwägenswert.

Bürgerbeteiligung bei Großprojekten wie Stuttgart 21 steht Papier hingegen kritisch gegenüber; denn wie soll entschieden werden, wer an einer Abstimmung teilnehmen darf? Würden nur Stuttgarter ihr Votum abgeben, wäre das aufgrund der überregionalen Bedeutung des Projekts lediglich eine Scheinlegitimation durch das Volk. Stattdessen gelte es hier Verfahren der Konsensbildung zu etablieren, die bereits zu einem frühen Zeitpunkt einen partizipativen Input ermöglichen, so z.B. das sog. „Bedarfserörterungsverfahren“. Das drängende Problem sieht Papier derzeit in der Politiker- und Parteienverdrossenheit der Bürger. Er wirbt für die Akzeptanz und Wertschätzung der parlamentarischen Demokratie: Die Bürger müssen sich wieder mit ihr versöhnen.

Pro und contra mehr direkte Demokratie

Birger Priddat von der Universität Witten/Herdecke sprach sich hingegen für eine umfassendere Einführung direktdemokratischer Beteiligungselemente in das parlamentarische System aus: Eine verfahrensge-

regelte plebiszitäre Interventionsmöglichkeit würde für das Volk eine weitere Verhandlungsposition etablieren und dadurch zusätzliche Kanäle zum legitimen Einbringen von Themen eröffnen – ohne den repräsentativen Charakter der politischen Ordnung insgesamt zu untergraben.

Denn selbst wenn eine kleine Randgruppe ein Thema zur Sprache bringt, wird letztlich die gesamte Bevölkerung befragt, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Dass aber lediglich eine Randgruppe eine Entscheidung treffe oder maßgeblich beeinflusse, geschehe nur in einer Demokratie, in der Verfahren der Bürgerbeteiligung nicht geregelt sind: „Man bekommt den Eindruck, nur wer am lautesten schreit, wird gehört“. Priddat thematisierte außerdem die Erklärungsarmut der Politik. Es wäre wünschenswert, politische Prozesse mehr zu erklären, auch wenn dies eine Verlangsamung bedeute: Hier steht Entscheidungsdruck gegen Entscheidungsqualität.

Steigende Protestbereitschaft

Dieter Rucht beschäftigt sich seit vier Jahrzehnten mit verschiedenen Dimensionen des Protests. Er registriert in Deutschland eine steigende Bereitschaft zum Protest, der in der Tendenz kleinteiliger und friedlicher



Dieter Rucht erforscht seit 40 Jahren politischen Protest

wird, dafür deutlich besser medial inszeniert und aufgegriffen wird. Rucht führt Studien zur Teilnehmerstruktur bei Demonstrationen durch. So quollen die Protestierenden gegen Stuttgart 21 vor Mitteilungsdrang nur so über, während nur 123 von geschätzten 17.000 Pegida-Teilnehmern (merke: die Kommunikationsfähigen und -willigen) in Dresden Auskunft über ihre Motive geben wollten. Kaum verwunderlich war dabei: Die zumeist männlichen Demonstranten offenbaren ein großes Misstrauen gegenüber dem politischen System, Zuwanderern und dem Islam. Sie würden zu fast 90 Prozent die AfD wählen und sind anfällig für Rechtspopulismus (Informationen zur Pegida-Studie unter <http://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-pegida-demonstration-2015/>).

Latente Sprachstörung

Warum aber kommen Phänomene wie AfD und Pegida so stark auf? Das liegt zum einen an der virulenten Themenlage, sprich der andauernden Eurokrise und den Flüchtlingsströmen. Zum anderen hat Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen) in einer aktuellen Studie aufgezeigt: Politik und Bürger kommunizieren aneinander vorbei. Es gibt zwischen ihnen eine latente Sprachstörung. Zum Beispiel lasse es sich „nicht belegen, dass

SPD und CDU/CSU im Bundestag zum Thema Arbeitslosigkeit unterschiedlich sprechen“. Die SPD appelliert überdurchschnittlich oft an die Verantwortung der Bürger, die Union an die des Staates. Erwartung und Angebot stimmen nicht überein. „Die Verbürgerlichung der SPD und die Sozialdemokratisierung der Unionsparteien sind nachweisbar“, erklärte Pickel. Ähnlich ist es bei der Migration: Die meisten Bürger haben Sorgen, SPD und Union greifen das Thema kaum auf, die Grünen wol-

len mehr Einwanderung – die Vorbehalte sprechen derzeit nur AfD und Bewegungen wie Pegida deutlich aus. Was tun? Es erscheint so einfach: „Die Medien müssen erklären, die Politik muss erklären, die Schulen müssen erklären, die politische Bildung muss erklären.“

Überparteiliches Problem

Dem drängenden Erfordernis, Politik und Entscheidungen besser zu erklären, stimmten auch die bayrischen Landtagsabgeordneten bei der anschließenden Podiumsdiskussion zu: Natascha Kohnen (Generalsekretärin der BayernSPD), Markus Blume (Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission) und Michael Piazolo (Generalsekretär der Freien Wähler Bayern). Einig war man sich auch, dass die mangelnde politische Partizipation ein überparteiliches Problem ist und gemeinsam gelöst werden muss. Kohnen trat dafür ein, dass Politiker generell klarer Position beziehen und ihre Visionen entschiedener verteidigen und besser kommunizieren sollten.



Michael Piazolo, Natascha Kohnen und Markus Blume (von links) sehen Politikverdrossenheit als Problem aller Parteien

Blume betonte: Beteiligung ist nicht voraussetzungsfrei; der Bürger muss informiert sein, worüber er abstimmt, wenn er abstimmt. Außerdem ersetze Partizipation nicht die politische Führung. Ähnlich sieht

auch Piazolo Bürgerbeteiligung vor allem als Korrektiv: Der Parlamentarismus solle durch direktdemokratische Verfahren gestärkt werden, beispielsweise durch eine Vereinfachung der Verfahren bei Volksbegehren. Trotz inhaltlicher Streitpunkte

war man sich einig, dass insbesondere politische Bildung (vor allem für die Jugend) intensiviert werden muss – unabhängig davon, wie repräsentative und plebiszitäre Elemente austariert sind.



Manfred G. Schmidt (links) und Volker M. Haug: „Bürgerbeteiligung ist nicht die Lösung aller Probleme“

Mit dem rechtlichen Rahmen der politischen Partizipation beschäftigt sich Volker M. Haug an der Universität Stuttgart. Er stellte verschiedene Instrumente der Beteiligung auf den Prüfstand. So haben die Bürger als Mitentscheider das Recht – sei es im Planfeststellungsverfahren, in Bürgerversammlungen oder durch Petitionen – die Behörden zumindest zu zwingen, ihre Pläne offen zu legen.

Auf europäischer Ebene und in allen EU-Staaten außer Deutschland und Italien kann man sich an die nationalen Bürgerbeauftragten wenden; Volksbegehren und Volksentscheide auf der Ebene der Bundesländer wahren den Einfluss auf die Gesetzgebung, ohne dabei die Funktionsfähigkeit der Parlamente zu gefährden. Allerdings ist Bürgerbeteiligung nicht die Lösung für alle Probleme: Sie kommt oft zu spät, kann komplexe Themen nicht vollständig durchdringen, übersieht oft den Kern des Problems, ist tendenziell innovationskritisch – und auch ihre Entscheidungen machen nicht jeden glücklich. Auch hier wird deutlich: Bürgerbeteiligung kann parlamentarische Verfahren sinnvoll ergänzen. Ersetzen kann sie sie nicht. 🗳️

*Sebastian Haas
Beryll Kunert
Andreas Kalina*

Getrennte Wirklichkeiten

Public Relations im Spannungsfeld zwischen Journalisten und Öffentlichkeit

Wer bestimmt die Themen aus Politik und Wirtschaft, die täglich in den Medien aufscheinen? Auf Journalisten wirken viele – meist unsichtbare – Kräfte ein. Das reicht von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Anzeigenkunden bis zum direkten Einflussversuch durch professionelle Kommunikatoren. Unsere Tagung untersuchte die Bedeutung von Public Relations für Medieninhalte: Wie nehmen PR-Berater Einfluss auf die Meinungsbildung? Ist das öffentliche Bewusstsein gar PR-gesteuert?

Die Medien rüsten personell ab, die PR-Abteilungen in Politik und Wirtschaft rüsten dagegen auf. War früher das Verhältnis von Journalisten zu PR-Leuten zwei zu eins, so sind wir heute beim personellen Gleichstand angekommen: eins zu eins. Und wenn wir in die USA schauen, dann überflügeln die PR-Abteilungen die Redaktionen personell bereits seit langem. Schätzungen gehen von mindestens eins zu drei aus.

Aktives Themenmanagement

Ziel der PR ist es, eigene Themen zu setzen, ein aktives Themenmanagement zu betreiben und gute Geschichten aus der Branche in den Medien zu platzieren. Texte werden druckreif geliefert, damit sie möglichst ungefiltert in die Medien gelangen. Heute kommen die PR-Botschaften nicht mehr mit dem Dampfhammer, sondern subkutan. Werbung wird oft gar nicht mehr als solche erkannt.

Günther Beckstein war 39 Jahre lang Abgeordneter des Bayerischen Landtags, davon 20 Jahre Mitglied der Staatsregierung als Staatssekretär, Innenminister und schließlich Ministerpräsident. Er weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung: „Ohne Kommunikation ist alles nichts, aber Kommunikation ist nicht alles.“ Beckstein sagte, gerade in seinem früheren Amt als

Innenminister habe Geheimhaltung eine große Rolle gespielt. Und noch heute könne er über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes nicht alles öffentlich sagen, was er wisse. Zur Lüge sei er nie bereit gewesen, aber ein Politiker sei auch nicht verpflichtet, immer die ganze Wahrheit auszusprechen.



Günther Beckstein berichtete aus erster Hand über politische Kommunikation

Verfehlungen der Politiker bleiben immer besonders gut und lange im Gedächtnis der Öffentlichkeit. Als „größten PR-GAU“ seiner Amtszeit bezeichnete Beckstein seinen Satz aus einer Bierzeltrede, dass man nach zwei Maß Bier noch Auto fahren könne. „Der Satz war in der Welt und nicht mehr zurückzuholen. Da haben wir nicht richtig darauf reagiert.“ Durch

zu große Offenheit oder Vertrauen gegenüber den Medien könne sich der Politiker schaden. Kumpanei mit Journalisten sei nicht erwünscht. Journalisten müssten unabhängig berichten; sonst können sie ihre Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung nicht mehr wahrnehmen.

Personalisierung und Intrigen

Der frühere bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil sieht eine getrennte Wirklichkeit zwischen dem realen Leben im Parlament und der Politikvermittlung im Fernsehen. Das politische System sei zunehmend an Stimmungen orientiert. Personalisierung und unterhaltsame Intrigen stünden eher im Vordergrund als themenbezogene Analysen. Das Mediensystem verleite dazu, Politik nach Stimmungen, nicht nach Inhalten zu machen. Politiker befänden sich permanent im Wahlkampfmodus. Der Zeitaufwand im Ministerbüro für das Abwenden von „Durchstechereien“ sei täglich enorm gewesen. Journalisten seien an längerfristigen Themen nicht interessiert. Wenig optimistisch blickte Zeil auf seine ehemaligen Kollegen: „Politiker, die sich trauen, wahrhaftig zu sein, tun sich schwerer, einen medialen Stellenwert zu bekommen.“ (siehe auch die vollständige Dokumentation im Anschluss).

Verantwortung im Handeln

Während Zeil die Schnellebigkeit und Kurzatmigkeit der Medien als qualitätsmindernd empfindet, sieht Emilio Galli Zugaro, Leiter der Unternehmenskommunikation der Allianz Gruppe, die Digitalisierung als große Chance zur Demokratisierung der Medien. Er appellierte an Wirtschaft, Politik und Medien, verantwor-



tungsvoll zu handeln. So könnten alle ihren Teil zu einer offenen, gerechten und informierten Gesellschaft beitragen. Medienwirksame Inszenierungen seien zudem sehr kurzlebig in ihrer Wirkung.

Oliver Platzter ist Sprecher des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann. Er kennt beide Seiten: Er hatte vorher als Korrespondent im Bayerischen Landtag gearbeitet. Er sagt: „Für die vollständige Information ist nicht das Ministerium verantwortlich.



Oliver Platzter sieht eine Krise des Qualitätsjournalismus

Unsere Kommunikation ist von unseren Interessen geleitet. Daneben gibt es die Stimmen der Opposition und der Verbände. Daraus müssen sich die Journalisten ein Bild machen und an die Öffentlichkeit weitertransportieren.“ Platzter sieht den Qualitätsjournalismus in der Krise. Personell ausgedünnte Redaktionen und die gleichzeitige Beschleunigung des Nachrichtenflusses seien dafür Ursachen: „Der schnelle Echtzeitjournalismus provoziert Fehler.“ Platzter beklagte, dass häufig Journalisten mit vorgefassten Meinungen zu ihm kämen und nur noch dafür die Belege einsammeln wollten. Die Macht der Bilder nehme im Internetzeitalter noch zu: „Gerade NGO's versuchen mit eindrucksvollen Bildern von Demonstrationen Stimmungen gegen die Staatsmacht zu machen.“ Als Beispiel nannte er das Bild des Mannes, der bei den Demonstrationen rund um den Bahnhof Stutt-

gart²¹ von einem Wasserwerfer am Auge getroffen wurde und danach erblindete. „Der Mann hätte dort gar nicht sein dürfen. Er hat sich den Wasserwerfern entgegen gestellt. Aber dieses Bild beherrschte die öffentliche Meinungsbildung gegen den Bahn-hofsneubau“, sagte Platzter.

Marc Langendorf war stellvertretender Pressesprecher bei Siemens. Davor arbeitete er ebenfalls als Journalist. Langendorf betonte, dass Kommunikation immer für verstärkte Effekte sorgt. So müsse sich jeder Kommunikator – ob in Politik oder Wirtschaft – selbstreflektiert hinterfragen, welchen Anteil man an bestimmten Entwicklungen und Ereignissen habe. Langendorf merkte an, dass die Boulevardisierung seriöser Medien stark zugenommen habe und Privates viel mehr nach außen getragen werde, als dies früher der Fall war.

Während des Programms konnten die Teilnehmer anhand realistischer Szenarien die Arbeit von Journalisten und Pressesprechern simulieren. So wurden am Beispiel einer Produkteinführung („Luftauto“) und einer Krisensituation („Verletzungen durch CO²-Kartuschen“) Pressekonferenzen vorbereitet und durchgeführt, auf denen Journalisten versuchten, mit kritischen Fragen die Hintergründe zu beleuchten und die einseitige Darstellung der PR-Strategen zu durchkreuzen. Unter der Anleitung der PR-Profis Perry Reisewitz, Kathrin Döbele (Compass Communications) und

Bernhard Schneider (BMW) entwickelten sie eine Argumentations-Strategie. Die Journalisten versuchten mit Hilfe von Martin Prem (Münchner Merkur), Cornelia Knust (freie Jour-



Professionelle Unternehmenskommunikation: Pressekonferenz der Siemens AG mit dem Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser

Quelle: www.siemens.com/presse

nalistin) und Rudolf Erhard (Bayerischer Rundfunk) gezielte Fragen und eine kritische Betrachtung zu entwickeln. Nachmittags wurden die Rollen getauscht, sodass jeder die Möglichkeit hatte, die Szenarien aus beiden Perspektiven zu erleben. Die Teilnehmer waren sich einig: Solche Rollenspiele vermitteln oft mehr Erkenntnisse über die politische und wirtschaftliche Kommunikationspraxis als theoretische Vorträge zum Thema. 📺

Michael Schröder



Unter der Anleitung von Rudolf Erhard (rechts) wurden Fragen für die Pressekonferenz entwickelt
Fotos: Kunert/Schmoltz

Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik

Thesen zur politischen Kommunikation von Martin Zeil,
Bayerischer Wirtschaftsminister a.D.

1. Politik wird in der Mediendemokratie kaum mehr durch den Wettstreit um Wahrheiten in Parlamenten, sondern durch die Deutungshoheit und den Auftritt von Politikern in den Massenmedien, vor allem im Fernsehen, vermittelt.

2. Politische Entscheidungsprozesse und wissenschaftliche Erkenntnisse bewegen sich immer mehr in Parallelwelten und unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

3. Das politische und föderale System in Deutschland verführt dazu, mit Rücksicht auf ständige Wahltermine, Politik weniger wahrheits- und problemorientiert als wahltaktisch und stimmungsorientiert auszurichten.

4. Die Menschen nehmen Politik weniger themenbezogen, also als Ringen um die bessere Lösung wahr, sondern gerade durch die Mediensetzung eher als persönliche Auseinandersetzung oder eine mehr oder weniger unterhaltsame Ansammlung von Intrigen, Unzulänglichkeiten oder Affären.

Bleierne Schleier der Gleichgültigkeit

5. Die Bereitschaft, längerfristiger oder grundsätzlicher angelegte politische Konzepte durch Wahl auch für einen längeren Zeitraum zu unterstützen, nimmt seitens des Bürgers ab, und wird durch eher stimmungsgetriebene Entscheidungen mit häufiger „on and off“-Beziehung auch zu neuen Parteien abgelöst.

6. Der Drang nach Wahrhaftigkeit und Durchdringung politischer Themen weicht immer häufiger einer gewissen Bereitschaft, sich gerne ein wenig irreführen oder täuschen zu lassen.

7. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und folgende hat die Ängste und Vorbehalte gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft und den Glauben an den Vorteil staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben erheblich verstärkt.

8. Politiker, die sich trauen, Wahrheiten auszusprechen, oder wahrhaftig zu handeln, tun sich im aktuellen Politikbetrieb viel schwerer als die vielen geschmeidigen, mediengerechten, dem kleinsten gemeinsamen Nenner verpflichteten.

9. Der mediale Stellenwert und die mediale Vermittlungsmethodik von Politik lässt ein Streben nach tieferer Wahrhaftigkeit kaum noch zu und befördert die Enttäuschung auf allen Seiten.

10. Demokratie lebt von der leidenschaftlichen, inhaltlichen Auseinandersetzung, vom offenen Wettstreit der Ideen, von der medialen Vermittlung einer anspruchsvollen Streitkultur mit dem Austausch von Argumenten.



Martin Zeil war von 2008 bis 2013 Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident in Bayern

Foto: J. Patrick Fischer

Nur wenn wir das wieder leben und zulassen, wenn Politik wieder Menschen bewegt, fasziniert und intellektuell wie emotional beschäftigt, kann das Streben nach Wahrhaftigkeit und Wahrheit zu einer Revitalisierung unserer Demokratie beitragen. Das bedeutet aber auch, dass wir diese Streitkultur auch bei den Wahlentscheidungen befördern, und zum Beispiel Koalitionen der beiden größten Parteien die Ausnahme bleiben und nicht die Regel werden.

Nur dann kann der bleierne Schleier der Gleichgültigkeit, der sich über unser demokratisches System gelegt hat, wieder gelüftet werden und die Faszination der Wahrheitssuche, der leidenschaftlichen Debatte, des Strebens nach Wahrhaftigkeit auch kommenden Generationen vermittelt werden. 📖

Finanzpolitik im Euroraum

Markus Söder über die Eurokrise und Griechenland

Die aktuelle Situation in Griechenland war das zentrale Thema beim gemeinsamen Jahresempfang mit der Europa-Union München, der Europäischen Akademie Bayern und der Griechischen Akademie in der Hauptverwaltung in Bayern der Deutschen Bundesbank. Hauptredner war der bayerische Finanzminister Markus Söder.

Karl Schnitzler von der gastgebenden Bundesbank betonte die Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Griechenland „langfristig wetterfest“ zu machen. Die europäische Geldpolitik habe viel getan, um die Eskalation der Finanzkrise zu verhindern. Bei allen stabilisierenden Entscheidungen bewege sie sich jedoch auf schwierigem Terrain. Mit Geldpolitik könne man nur Zeit kaufen, die tieferen Ursachen der Krise aber nicht lösen. Dies können nur Regierungsmaßnahmen, Restrukturierungen und Reformen, so Schnitzler.

Viele Fehler

Stavros Kostantinidis, Vorsitzender der Münchner Europa-Union und der Griechischen Akademie, sagte, dass in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden seien – aber nicht nur von den Griechen. Die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone sei eine politische Entscheidung gewesen, wobei die Maastricht-Kriterien zu wenig beachtet worden seien. Kostantinidis plädierte dafür, die Attraktivität Europas als Investitionsstandort zu erhöhen und Investitionshemmnisse abzubauen.

Finanzminister Söder unterstrich: „Es geht um die Zukunft der politischen Währungs- und Wertegemeinschaft.“ Geld sei zwar wichtig. Aber man müsse auch ökonomische Argumente berücksichtigen, nicht nur politische, sagte er. Söder betonte den Grundsatz „Geld gegen Reform“. Man dürfe nicht nur sparen, sondern müsse auch die „Fruchtbarkeit des Bodens“

fördern. Erste Erfolge dieses Ansatzes seien bereits in Spanien und Portugal zu sehen. Mit Blick auf die letzten Entscheidungen der Europäischen

lebensfremd: Eine Familie könne auch nicht eigenmächtig beschließen, die Zinsen für einen Kredit bei der Sparkasse gar nicht mehr oder erst später zu zahlen. „Ein drittes Hilfsprogramm oder einen Schuldenschnitt darf es nicht geben.“ Griechenland müsse harte innere Reformen durchführen: die Steuern konsequenter eintreiben, den öffentlichen Dienst umstrukturieren, die Lohnhandhabung verändern und bessere Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen. Ein „Grexit“ sei



Redner beim Jahresempfang: Finanzminister Markus Söder, Akademiedirektorin Ursula Münch, der Vorsitzende der Europa-Union München Stavros Kostantinidis und Karl Schnitzler von der Deutschen Bundesbank (von links) Foto: Kunert

Zentralbank forderte Söder, die Niedrigzinspolitik zu beenden. Langfristig ginge diese in eine falsche Richtung: Sie setze falsche Anreize und ginge zu Lasten der in Deutschland verwurzelten Sparkultur.

Der bayerische Finanzminister kritisierte das Verhalten der neuen griechischen Regierung unter Ministerpräsident Tsipras. Der wolle aus der Europäischen Union eine Schuldenunion machen. Söder lobte Bundesfinanzminister Schäuble für seinen harten Kurs und nannte die Forderungen der griechischen Regierung

zwar nicht erwünscht, doch würde ein Ausstieg Griechenlands aus der Währungsunion vor allem die Griechen schwer treffen, nicht den restlichen Euroraum.

Mit sozialen Wohltaten würde man in dieser Situation keine Investoren für Griechenland gewinnen. Griechenland habe, was die Schulden betrifft, eine privilegierte Stellung. Statt Sonderregelungen zu verabschieden, müsse jedoch jeder gleich behandelt werden. ■

Gero Kellermann

(siehe Presseschau Seite 26/27)

„Die Briten sind pragmatische Europäer“

Der britische Generalkonsul in München, Paul Heardman, warb an der Universität Passau für mehr Verständnis gegenüber dem britischen Pragmatismus zum Projekt der Europäischen Integration.

Heardman hielt den Festvortrag vor mehr als 240 Zuhörern im Rahmen der trinationalen Schülerakademie: EuropaPolitik erleben!

Aktueller konnte das Thema seines Vortrags „Europa: Herausforderungen und Perspektiven für die kommenden Jahre“ kaum sein. Vor den britischen Unterhauswahlen im Mai 2015 ist die Debatte über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (Stichwort „Brexit“) einmal mehr von hoher Relevanz. Die Wahlen gelten auch als richtungsweisend, wie sich die Briten bei einem angekündigten Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU entscheiden könnten.

Skepsis wächst

Generalkonsul Heardman plädierte für mehr Verständnis gegenüber der Einstellung der meisten Briten zu Europa: Für sie sei Europa vor allem ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Die Mitgliedschaft in der EU sei nur eines von vielen Mitteln zum Erreichen britischer Ziele. Dies bedeute gleichzeitig, dass nicht

alles in Brüssel und Straßburg geregelt werden müsse. Europa würde auf der Insel vielmehr als bremsender Bürokratie-Apparat gesehen, weshalb die



Paul Heardman: „Für die Briten ist Europa vor allem ein gemeinsamer Wirtschaftsraum“

Foto: Haas

Skepsis wachse. Auch der Trend, dass europäische Politik zunehmend klassische nationalstaatliche Domänen, wie Finanz- oder Sicherheitspolitik tangiere, würde kritisch aufgefasst. Ferner nannte Heardman die wachsende „demokratische Kluft“, die aus der auf niedrigem Niveau stagnierenden

Wahlbeteiligung in den Mitgliedstaaten rühre, und sich in den Erfolgen europafeindlicher Parteien niederschlage. All das steigere in Großbritannien die allgemeine Skepsis gegenüber der europäischen Integration.

Doch die Darstellung der britischen Sicht auf Europa zeigte auch Chancen auf. Spätestens seit dem Vertragswerk von Lissabon ist das „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ in der Realität angekommen. Ebenso schien das Schlagwort der Subsidiarität auch tatsächlich in der Praxis der europäischen Politik Wurzeln zu schlagen. Eine Chance, so Heardman, die allen Bürgerinnen und Bürgern Europas große Vorteile bringe und insgesamt die EU zukunftsfähig werden lasse.

Der Festvortrag des britischen Generalkonsuls war Teil der Politiksimulation „EuropaPolitik erleben!“, die seit mehreren Jahren von der Akademie mit großem Erfolg in ganz Bayern veranstaltet wird. 70 Jugendliche und junge Erwachsene aus deutschen, österreichischen und tschechischen Schulen schlüpften nun bereits zum dritten Mal in Passau in die Rolle europäischer Entscheidungsträger und versuchten ihre Interessen unter realitätsnahen Bedingungen bestmöglich zu vertreten. ■

Andreas Kalina

Robert Lohmann

(siehe Presseschau Seite 27)

Die Akademie für Politische Bildung widmet sich am 29. und 30. Juni in der Tagung „Entfremdet vereint? Das Vereinigte Königreich und Europa“ den vielfältigen Beziehungen und Wirkungszusammenhängen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU sowie der grundsätzlichen Integrationsrichtung.

Die Tagung findet statt in Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern e.V. und der Vertretung der Europäischen Kommission in München auf der Fraueninsel im Chiemsee statt. Das Programm ist auf unserer Homepage abrufbar.

Vom Kampf ohne Waffen

Sicherheitspolitische Aufgaben für Europa im Zeichen des Ukraine-Konflikts

Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 hatten die Akademie, das Institut für Europäische Politik Berlin (IEP) sowie die Europa-Union München und die Griechische Akademie zu einem Diskussionsabend in die Räume der IHK für München und Oberbayern geladen. Manfred Weber, Vorsitzender der Konservativen im Europäischen Parlament, sprach zum Thema „Die EU vor neuen außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben: Ukraine Krise und IS-Terror als zentrale Herausforderungen“ – und fand deutliche Worte gegenüber der russischen Führung.

Manfred Weber ist mittlerweile einer der einflussreichsten bundesdeutschen Europapolitiker. Als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), kurz EVP-Fraktion, im Europäischen Parlament prägt er die Stoßrichtung der 221 konservativen Abgeordneten, stärkt damit die Position von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Manfred Weber gilt als der Parlamentarier, mit dem Bundeskanzlerin Angela Merkel am häufigsten über Europapolitik spricht.

„Inakzeptables Verhalten“

Webers Wort hat also Gewicht – und eindeutig gewichtete er auch seine Ausführungen gegenüber den 250 Zuhörern. Das Verhalten Russlands in und gegenüber der Ukraine sei für die Europäische Union inakzeptabel, das Vertrauensverhältnis sei nachhaltig gestört. „Man muss auf der Seite derer stehen, die für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten“, und das ist in der Sicht Webers keinesfalls Russland. In diesem Zusammenhang sieht der EVP-Fraktionsvorsitzende auch mit Sorge, dass die neue griechische Regierung ein Veto gegen verschärfte Wirtschaftssanktionen gegenüber

Russland erwäge: „Das sorgt nur für weitere Unsicherheit in der europäischen Politik.“

Destabilisierung Europas

Eine enorme Destabilisierung der Sicherheitslage Europas droht auch durch das Vorgehen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak und als Teil des Bürgerkriegs in Syrien. „Wir dürfen weder die kurdischen Kämpfer

Weber und merkte selbstkritisch an, dass sich die EU in Bezug auf Syrien früher und deutlicher hätte positionieren müssen. Er entwarf dabei ein Modell der wertorientierten Außenpolitik und stellte die EU als Vertreter der Soft Power dar: kein direktes militärisches Eingreifen in die angesprochenen Konflikte, dafür Diplomatie, Wirtschaftssanktionen, Förderung der Entwicklungshilfe und des interkulturellen Dialogs.

Auf Webers Impulsvortrag folgte eine Diskussion mit dem IEP-Direktor Mathias Jopp, Martin Schulze Wessel (Sprecher der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Universität München) und dem ehemaligen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Walther Stützele.

„Nicht in die Knie sanktionieren“

Jopp und Schulze Wessel stimmten in verschiedenen Punkten überein: Nicht nur die russische Ukrainepolitik beeinträchtigt die gegenseitige Vertrauensbasis zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Russland andererseits. Auch die europäische Sanktionspolitik – gleichwohl als erforderliche Antwort – schwäche diese Vertrauensbasis nachhaltig. Doch sehen sie vor allem die Regierung Putin in der Pflicht, erste Schritte zur Stabilisierung in der Ukraine und des europäischen Friedens zu gehen.

Walther Stützele vertritt eine andere Position. Noch vor wenigen Wochen hatte der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium einen viel diskutierten Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ mitiniti-



Manfred Weber ist seit den letzten Wahlen Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament

im Kriegsgebiet noch die humanitären Helfer im Libanon, in Jordanien und in der Türkei alleine lassen“, erklärte

iert, in dem namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien zum Dialog mit Russland mahnten.

„Man kann Russland nicht in die Knie sanktionieren; einen Staatsbankrott kann Europa nicht wollen und wird übrigens auch China nicht zulassen“, meinte Stütze und betonte weiter: „Die europäische Sicherheitspolitik ist ein Nichts. Der erste Gesprächspartner Russlands ist der Präsident der Vereinigten Staaten, und nicht der Präsident der Europäischen Kommission.“



*Ein kontroverses Podium (von links): Mathias Jopp, Manfred Weber, Ursula Münch, Walther Stütze und Martin Schulze Wessel
Fotos: Haas*

Verhandeln, verhandeln, verhandeln

Manfred Weber widersprach heftig: „Die Europäische Union ist verpflichtet zu handeln. Und wir verhandeln, verhandeln, verhandeln.“ Voraussetzungen für die Befriedung und Stabilisierung der Ukraine seien zunächst ein Waffenstillstand und schließlich Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine bzw. den internationalen Partnern, aber auch zwischen den Kontrahenten in der Ukraine. Auch Mathias Jopp betonte, dass die EU von Russland erst als außenpolitischer Akteur ernst genommen werde, wenn die erste Reihe europäischer Politiker eine gemeinsame außenpolitische Linie unter EU-Label akzentuiere – und nicht eine sichtbar bemühte Federica Mogherini, die für die meisten eben (noch) ein unbeschriebenes Blatt sei.

Wie facettenreich das Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland ist und vor welchen Herausforderungen eine gemeinsame EU-Au-

ßenpolitik steht, erläuterte Martin Schulze Wessel, in dem er auf die besonderen Beziehungen zwischen Griechenland und Russland hinwies.

Besondere Beziehungen

Die Bindung Griechenlands an Moskau ist schon deshalb enger als in den meisten westeuropäischen Staaten, weil die orthodoxe Kirche als einigendes Band zwischen beiden Staaten fungiert. Hinzu komme, dass Griechenland in der Geschichte geopolitisch immer wieder zwischen Ost und West gestanden habe. Trotz dieser Hintergründe bestand bei den Wissenschaftlern jedoch keine Angst vor griechischen Sondergängen in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Im Laufe des Abends wurde unübersehbar, dass zwischen beiden Themen – Ukrainekrise einerseits und Gefahren durch den IS-Terror andererseits – ein wichtiger Zusammenhang besteht: Infolge des IS-Terrors droht eine zusätzliche Destabilisie-

rung des Nahen Ostens, deren Auswirkungen nicht nur in Form großer Flüchtlingszahlen natürlich bis nach Europa reichen. Angesichts der immensen sicherheitspolitischen Herausforderungen sei es eigentlich erforderlich, eng mit der russischen Führung zusammenzuarbeiten. Die Diskutanten waren sich einig, dass gerade die umstrittene – und derzeit von der europäischen Diplomatie gemiedene – russische Führung im Kampf gegen den islamistischen Terror im Irak und in Syrien dringend benötigt werde. Diese gemeinsamen Herausforderungen in der Weltpolitik müssten als zusätzlicher Anreiz auf dem Weg zu einer einvernehmlichen Ukrainepolitik dienen.

Insgesamt sei es für eine effektive und nachhaltige gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik essenziell, dass insbesondere die Achse Frankreich-Deutschland-Polen in ihrer Haltung einig bleibe. 📺

*Sebastian Haas
Andreas Kalina*

Wir bedanken uns bei der IHK für München und Oberbayern für die freundliche Aufnahme in ihren Räumen und beim stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl für sein Grußwort, in dem er die sicherheitspolitische Stabilität in Europa als Grundvoraussetzung für eine sichere Wirtschaftsentwicklung hervorhob.

Großmächte auf dem Weg zu Weltmächten

Russland und China im Mittelpunkt einer Tagung über Internationale Politik

Kenntnisse über Internationale Politik sind für Angehörige der Bundeswehr vor allem bei Auslandseinsätzen wichtig. Deshalb veranstaltete die Akademie zusammen mit der Sanitätsakademie der Bundeswehr eine Fortbildung zu Hintergründen und Auswirkungen internationaler Politik und Konflikte.

Unmittelbar vor der Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow sprach die Münchner Politikwissenschaftlerin und Russlandexpertin Margareta Mommsen über die Situation in Russland. Nach Ihrer Einschätzung entwickelt sich Russland unter Putins Herrschaft zunehmend in eine illiberale Richtung. Mommsen bezeichnet das von ihm gestaltete politische System als „gelenkte Demokratie“. Es fehlten ‚checks and balances‘, also Prinzipien der Gewaltenteilung. Außerdem sei die entscheidende Qualifikation für eine politische Karriere nicht etwa die Professionalität, sondern eine uneingeschränkte Loyalität gegenüber dem Präsidenten.

„Kleiner Bruder“ Ukraine

Das nationale Verständnis der Mehrheit der Russen ist die Großmachtstellung in der Welt. Die staatlich gelenkten und kontrollierten Medien fördern den Führerkult um Wladimir Putin, so Mommsen. „Putin glaubt, dass Europa und die USA an seinem und Russlands Sturz arbeiten.“ Nach der Auflösung der UdSSR verlor Russland den Status als Weltmacht, was eine gewisse Frustration gegenüber dem Westen ausgelöst habe. Der aktuelle Konflikt bezüglich der Krim entstand bereits im Jahr 1954: Nikita Chruschtschow übergab die Krim an die Ukraine. Sein nicht uneigennütziges Ziel war dabei, die Unterstützung von ukrainischen

Kommunisten zu erhalten. Ein Rückschlag erfolgte mit der „oranzen Revolution“ im Jahr 2004 bei den Präsidentschaftswahlen der Ukraine. „Es



Margareta Mommsen: „Russland ist eine gelenkte Demokratie“ Foto: Schmotz

war für Putin frustrierend, dass sich die EU in die Angelegenheit eingemischt hat. Schließlich sieht Russland die Ukraine immer noch als ‚kleinen Bruder‘ aus der Sowjetzeit, für den es zuständig ist“, sagte Mommsen.

Stabiles System

Die Volksrepublik China spielte unter der kommunistischen Diktatur als Weltmacht nur eine untergeordnete Rolle. Akademiedozentin Saskia Hieber beschreibt China heutzutage als Supermacht: Mit über 1,3 Milliarden Einwohnern ist es der bevölkerungsreichste Staat der Erde, der flä-

chengrößte in Ostasien und dazu eine aufstrebende Wirtschaftsmacht. Der Militäretat beträgt zwischen 112 und 160 Milliarden US-Dollar jährlich. Dies bringt politische Herausforderungen mit sich, denen sich die chinesische Regierung stellen muss. In den westlichen Ländern ist es schwer nachvollziehbar, wie sich die Volksrepublik unter der Regierung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu einer wirtschaftlichen Großmacht entwickeln konnte und trotzdem das autoritäre und undemokratische System weiterbestehen kann. Allerdings hält sich die KPCh, so Hieber, selbst am Leben. Denn neben dem Aufstieg zu einer Großmacht und dem friedlichen Regierungswechsel reduzierte sie die Armut. Dies vermittelte der breiten Bevölkerung ein Gefühl von Stabilität und deshalb wird das System, so Hieber, weiterhin bestehen bleiben.

Auch rund um China gibt es reichlich Konfliktherde: Nordkorea, die Taiwanstraße, Pakistan und Afghanistan sind nur einige Beispiele. Schlagzeilen machte auch der Kampf um die Gasvorkommen im Südchinesischen Meer in der 200-Seemeilenzone, in der die Gebietsansprüche noch unklar sind. Zudem sind Umweltverschmutzung und -zerstörung große Problemfelder. „Ganze Landstriche sind kontaminiert. „Das Land ist weder bewohnbar, noch nutzbar für landwirtschaftliche Zwecke“, sagte Hieber. Die ländliche Bevölkerung ist vom ‚Wirtschaftswunder‘ ausgeschlossen und zum größten Teil verarmt. Außerdem ist der niedrige Bildungsstandard der älteren Bevölkerung ein Problem, denn „nur ein bisschen lesen und schreiben zu können reicht nicht in unserer modernisierten Welt“, so Saskia Hieber. 📖

Carina Schmotz

Die Digitalisierung der Stadt als Herausforderung

Planer, Politiker und Forscher über Urbanität von morgen

Stadt ist eine Lebensform. Auf engem Raum entfalten und überlagern sich Lebenskonzepte. Über die Zukunftsstadt diskutierten in einer Kooperationstagung mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Vertreter aus Stadtplanung, Politik, Forschung und Wirtschaft.

„Eine Stadt ist ein Organismus“ – sagte Matthias Horx, Trend- und Zukunftsforscher aus Wien. Man müsse Städte anders begreifen lernen und soziokulturelle Aspekte mehr beachten. Kooperative, integrative Lebensgemeinschaften,



Trendforscher Matthias Horx: „Mit Kreativität der Bürger und Mut der Politiker kann viel gestaltet werden“

ten, die praktisch ein Dorf in einer Stadt darstellen, seien ein Lebenskonzept, das in Deutschland noch völlig unbekannt ist. Horx zeigte kreative Wege innovativer Städteplaner auf: so die gänzliche Begrünung von Singapur oder die Bewegung des „New Urbanism“. Diese habe beispielsweise in Frankfurt am Main der Zersiedelung entgegen gewirkt und durch die Vitalisierung des Museumsufers ein anderes Stadtbild erzeugt. Horx ist der festen Überzeugung: Mit kreativen Ideen und Selbstorgani-

sation der Bürger, dem Mut der Politik und dem Wissen der Ingenieure kann in der Stadt der Zukunft viel bewegt und gestaltet werden.

Transformationsprozesse

Steffen Braun vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation ist der Überzeugung, dass wir uns auf vielen verschiedenen Handlungsfeldern (ökonomisch, wirtschaftlich, sozial, etc.) in einem Transformationsprozess befinden. So entsteht beispielsweise durch die Digitalisierung eine gänzlich neue Wirtschaftsbranche. Genauso könne eine einzige Erfindung die Struktur einer ganzen Stadt verändern: Die erste U-Bahn 1863 in London veränderte die Mobilität und brach so alte Schranken auf. Für die Städteplaner sei in nächster Zeit vor allem die Digitalisierung der Stadt eine Herausforderung, beispielsweise durch Programme, mit welchen man ein Geschäft nach Son-

derangeboten abschaffen kann. Es sei noch zu diskutieren, wo und in welcher Form digitale Technik im realen Raum sinnvoll ist. Braun stellte bereits entwickelte Zukunftstechnologien wie Dachfarmen und recycelte Häuser vor und sagte: „Technik kann uns auch wieder menschlicher machen“.

Diesen Punkt griff Annette Spellerberg von der Technischen Universität Kaiserslautern auf. Sie stellte ein Projekt vor, in dem ältere Bürger eines Ortes eine Art Tablet erhielten, über das sie kommunizieren konnten. Durch diese Kommunikationsplattform entstand mehr Nachbarschaftshilfe, wurden Ausflüge organisiert und Projekte realisiert.

Mobilität der Zukunft

Ein wichtiges Thema in der Stadt der Zukunft ist die Mobilität. Schadstoffemissionen, CO₂-Ausstoß, Raumnot, Lärm und die Überdimensionierung der Straßen sind Folgen der hohen Anzahl privater Autos. Weert Canzler (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) stellte als zukünftige Lösung das Konzept der Intermodalen Mobilitätsleistungen vor: einen Reiseweg, der verschiedene, möglichst umweltschonende Verkehrs-



Das Museumsufer in Frankfurt am Main: Beispiel gegen Zersiedelung

Foto: wikimedia commons

mittel optimal miteinander verbindet. Beispielsweise kann eine App genutzt werden, die vom Leihfahrrad über den öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Mitfahrgelegenheit alle Reisevarianten beinhaltet und den schnellsten oder energieneutralsten Weg vorschlägt. Das Prinzip lautet hier vor allem: Nutzen statt besitzen, wie beispielsweise beim Carsharing.

In zwei Workshops konnten die Teilnehmer der Tagung anschließend mit fachkundigen Referenten intensiv diskutieren: Der erste Workshop vertiefte das Thema Mobilität (siehe gesonderten Bericht), der zweite Workshop beschäftigte sich mit dem Thema, wie „Planen und Bauen“ in der Stadt der Zukunft aussehen könnte und sollte. Norbert Gebbeken (Universität der Bundeswehr München) ist der Überzeugung, dass sich der Planungshorizont der Stadtplanung auf 50 bis 100 Jahre erstrecken müsse. Eine andere Herausforderung für Stadtplanung ist es, die Urbanität einer Stadt zu wahren, so Annette Spellerberg. Baukul-

tur müsse beachtet, historische Stätten gewahrt und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Bürgerbeteiligung und Planung

„Das alles aber bitte ohne große Veränderung meines unmittelbaren Umfelds“ – so pointierte Florian Pronold, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, in der Podiumsdiskussion die vorherrschende Meinung der Bürger. Was aber höhere Akzeptanz beim Bau von Stromtrassen und Windrädern schaffe, sei die Beteiligung der Bürger. Johann-Dietrich Wörner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, sagte, dass man statt von „Akzeptanz“ besser von gemeinsamer Lösungsfindung sprechen sollte. „Zwei wissen mehr als einer“, so der zukünftige Chef der Europäischen Raumfahrtagentur ESA. Bürgerbeteiligung sei enorm wichtig und wünschens-



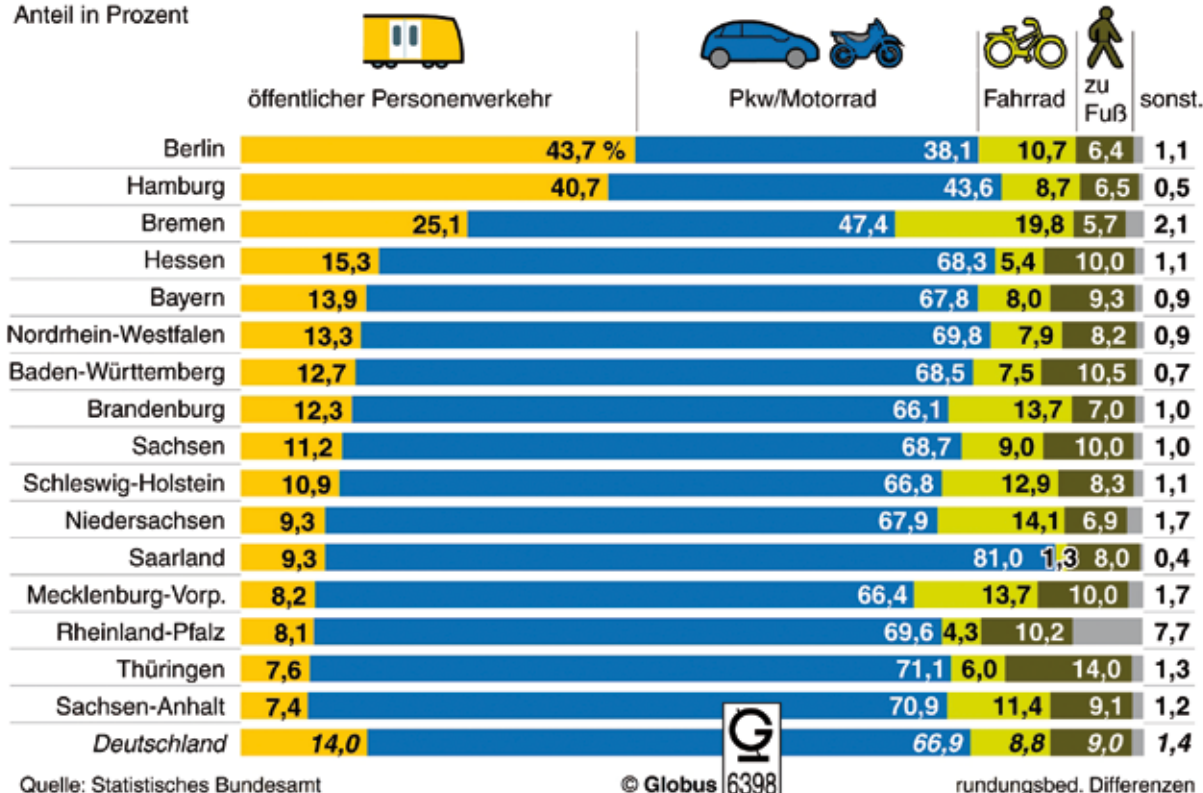
Florian Pronold: „Bürgerbeteiligung schafft Akzeptanz“ Fotos: Kunert

wert, meinte auch der dritte Podiumsgast, der Leiter des Nürnberger Stadtplanungsamts Siegfried Dengler. Was man aber sehen müsse: Bürgerbeteiligung kostet auch Zeit und Geld. Einig war man sich in einem: Die Zukunft beginnt heute. 🏠

Beryll Kunert

Auf dem Weg zur Arbeit

Verkehrsmittel der Erwerbstätigen 2012 in den Bundesländern, Anteil in Prozent



Ungebremst in die Zukunft?

Die Mobilität in der Stadt von morgen

In einem Workshop im Rahmen der Tagung „Future is back in town – Die Stadt von morgen gestalten“ vertieften Referenten und Teilnehmer Lösungsansätze zur Umgestaltung des städtischen Verkehrs.

„Individuelle Mobilitätswünsche sollen so weit wie möglich erfüllt werden – allerdings sind sie mit gesellschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen“, sagte Gebhard Wulforst, Leiter des Fachgebietes für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung der TU München. Zu diesen Anforderungen gehören wirtschaftliche Tragfähigkeit, soziale Verträglichkeit und die Beachtung der ökologischen Rahmen-

gen. Es zeigte sich: Eine integrierte Standort- und Verkehrsplanung wird immer wichtiger. Denn, so Wulforst, Städte bilden sich von „netten, kompakten Räumen“ immer stärker zu Mega-Regionen aus.

Den entsprechenden Mobilitätsbedarf könne man nicht nur mit Carsharing lösen, sagte er. Größere Strukturen und die entsprechenden Beteilig-

Restriktivsysteme und Parkraummanagement sprechen. Um Strategien für eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung zu erarbeiten, sei es wichtig, Öffentlichkeit, Politik und die ortsansässige Wirtschaft zusammenzubringen.

Vision 2030

Carl Friedrich Eckhardt ist Leiter des im Januar 2015 gegründeten Kompetenzzentrums Urbane Mobilität der BMW Group. Unternehmen wie BMW wandeln sich immer stärker zu Mobilitätsdienstleistern. Zum Ziel einer nachhaltigen und urbanen Mobilität gehört die Reduktion der Umweltbelastung, eine hohe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und ein breites Angebot an Mobilität, sagte der Volkswirt.

Eine immer wichtigere Rolle dafür spielten das Carsharing und die Elektromobilität. Eckhardt stelle eine Vision für das Jahr 2030 in den Raum: Der PKW-Bestand in den Kernstädten ist um 30 Prozent geschrumpft, es gibt 30 Prozent weniger Parkplätze, wodurch der öffentliche Raum für andere Zwecke genutzt werden kann, und 30.000 Carsharing-Fahrzeuge ersetzen 300.000 private PKW.

Ein Paradigmenwechsel wäre technisch kein Problem: „Wir brauchen keine Pilotprojekte mehr, wir haben alles“, sagte Eckhardt. Allerdings seien neue Mobilitätskonzepte politisch oftmals nicht ohne weiteres umzusetzen. Wie Wulforst betonte auch Eckhardt die Notwendigkeit, Lösungen gemeinsam zu finden: mit den Bürgern und ihren Mobilitätsbedürfnissen, mit der Politik und ihrer Wählerorientierung und Unternehmen wie BMW mit ihren Marktanalysen und ihrer Kundenorientierung. 📌

Gero Kellermann



Über die Mobilität in der Zukunftsstadt: Gebhard Wulforst (TU München, links) und Carl Friedrich Eckhardt (BMW Group) Foto: Wintergerst

bedingungen, so der Raum- und Verkehrsplaner. Negative Folgewirkungen des Verkehrsaufwands, wie Flächen- und Energieverbrauch und Schadstoffe müssten so reduziert werden, dass auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen befriedigt werden können. Von diesen Grundsätzen ausgehend warf Wulforst einen Blick auf Erfordernisse des Verkehrs von mor-

ten sollten in den Blick genommen werden. Der öffentliche Nahverkehr verdiene besondere Beachtung, aber auch die Nahmobilität mit dem Fahrrad und zu Fuß. Wulforst erinnerte daran, dass in gut strukturierten Städten 50 Prozent der Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Technischen Fortschritt müsse man für den Verkehr nutzen und auch über

Architek-Touren durch Coburg

Das Verhältnis von Ethik, Ästhetik und Politik in der Architektur

Wie schafft man es, Räume und Gebäude so zu gestalten, dass sie ihren jeweiligen Zweck gut erfüllen und dass man sich als Bewohner darin wohl fühlt? Welchen Wert hat die Schönheit im öffentlichen Raum und wie kann man darüber sprechen? Das Verhältnis von Ethik, Ästhetik und Politik in der Architektur thematisierte eine Außentagung der Akademie in Coburg*.

Das Gefühl kennt jeder: Es gibt Straßen und Plätze, an denen man gerne verweilt. Es gibt aber auch Orte, die man möglichst schnell wieder verlassen möchte. Ebenso gibt es Gebäude, die bis zu ihrer Einrichtung voll durchgestaltet sind, die in sich stimmig sind. Dennoch wird man in ihnen nicht heimisch. Dabei geht es keineswegs nur um die sogenannten „Nachkriegssünden“ beim Wiederaufbau nach 1945, sondern auch um zeitgenössische Bauten. So werden die Besucher Tutzing seit Neuestem von einem „Lakeside

Begegnung ermöglichen. Sie stehen allerdings an einem Ort, der für Bahnreisende das Tor zur Gemeinde sein könnte. Gebaut aus einem Material, das hohe Qualität anzeigen soll, aber in kurzer Zeit unansehnlich altern wird.

Bauen ohne Ethik

Der Bamberger Architekt und Philosoph Martin Duchs verdeutlichte zunächst die Hindernisse für eine Betrachtung von Architektur unter

als technischer Akt angesehen, während das Bedenken der Ethik eines guten Lebens dem „Ethiker“ überlassen werde. Tritt dieser umgekehrt beispielsweise als akademischer Philosoph auf, so verfügt er kaum über das notwendige Instrumentarium, um zu formulieren, was eine gebaute Umgebung „gut“ oder „schlecht“ macht. Dabei ist das Wohnen für den Menschen ein existentielles Grundbedürfnis. Es will keineswegs nur in den „eigenen vier Wänden“ stattfinden, sondern in allen Räumen, die wir täglich nutzen.

Ästhetik und Funktion

Christian Illies, Philosoph an der Universität Bamberg, zeigte anhand des architekturtheoretischen Diskurses auf, wie es dazu gekommen ist, dass die Funktionalität eines Baus von seiner Schönheit getrennt wurde. Bis



Beispiel für die neue Unwohnlichkeit der Städte: Europaviertel in Frankfurt/Main

Foto: Epizentrum/wikimedia commons

Living“ genannten Ensemble empfangen: Eng aufeinander gebaute Appartementhäuser mit Zwischenräumen, die weder Privatheit noch öffentliche

ethischen Gesichtspunkten. Statt nämlich jedes professionelle Handeln auch als implizite ethische Aussage zu begreifen, würde das Bauen

dahin, dass man nicht mehr den Bau selbst als Kunstwerk auffasste und plante, sondern stattdessen mit „Kunst am Bau“ der gebauten Umwelt

*Kooperationspartner waren die Universität Bamberg, die Hochschule Coburg und die Landesbibliothek Coburg

die künstlerische Schönheit gleichsam anzuheften versuchte. Wenn die Technik aber von der Tugend getrennt ist, dann lassen sie sich nicht nachträglich wieder vereinen. Dagegen plädierte er für eine integrative Sicht, in der die Schönheit genauso als eine Aufgabe des Bauens angenommen wird, wie die Nutzbarkeit des Bauwerks. Dazu verwies Illies, der auch Biologe ist, auf die evolutionär bedeutsame menschliche Orientierung nach Schönheit: Wir wählen uns Partner immer (auch) nach Schönheitsgesichtspunkten aus.

Nachhaltig planen

Die regionale Aktualität der problematischen Vereinigung von Güte und Schönheit stellte Mario Tvrtkovic von der Hochschule Coburg anhand der Pläne zur Neugestaltung des ehemaligen Schlachthofs sowie des Güterbahngeländes in Coburg vor. Die damit verbundenen Fragen beschäftigen derzeit viele Städte: Wie geht man mit großen, zuvor industriell genutzten Freiflächen um, die oftmals sehr zentrumsnah gelegen sind? Was soll man mit den alten Gebäuden machen? Sind sie zu erhalten, weil sie die „Identität“ eines Ortes ausmachen, oder stehen sie einer Neugestaltung im Weg? Was ist, wenn sich keine bestimmte Neunutzung aufdrängt, weil etwa der Wohnraum in einer Stadt zu knapp ist? Die Diskussion hierüber machte vor allem klar, dass Kommunen gut daran tun, die Entscheidung über solche Areale nicht zu früh auf eine einzige Nutzung festzulegen. Möglichst wenig sollte irreversibel sein, so dass in der Gegenwart noch nicht absehbare Bedürfnisse auch später immer noch Platz haben. Das spreche auch dafür, Bauwerke eher zu erhalten und kreativ umzuwidmen, statt einheitliche und oftmals einförmige Neubauten zu errichten. So wäre die Nachhaltigkeit des Bauens und Planens am ehesten gewahrt.

Bürgerbeteiligung

Ein wichtiger Schritt im Prozess der Neugestaltung ist die Beteiligung der Bürger vor Ort. Das muss nicht immer eine Diskussionsveranstaltung

sein (wie im Fall unserer Tagung). Vielmehr müssen die vormalig abgeschlossenen, weil industriell genutzten Räume, zunächst von der Allgemeinheit „übernommen“ werden. Ein beispielhaftes Modell dafür sind kulturelle Nutzungen, die ein größeres Publikum anziehen und zugleich eine befreiende Perspektive eröffnen können.

Diese Haltung wurde auch vom Architekturkritiker Christian Holl unterstützt. Er zeigte auf, wie mit dem viel bemühten Konzept des „genius loci“ vielerorts große Bauten entstehen, die die Einzigartigkeit unterschiedlicher städtischer Räume gerade nicht abbilden. Das Europaviertel in Frankfurt nannte er als ein Beispiel dafür. Tvrtkovic machte aber darauf aufmerksam, dass die Menschen auch veränderte Wohnbedürfnisse haben, die der Eröffnung öffentlicher Räume eher entgegenstehen und beispielsweise einen sehr viel höheren Flächenverbrauch bedingen.

Unwohnlichkeit der Städte

Der Architekt Christoph Mäckler sprach im ehemaligen Audienzsaal des Schlosses Ehrenburg über die Ursachen der Unwohnlichkeit zeitgenössischer Städte: Hier fehle eine umfassende und kluge Planung. Weil das Handwerkszeug dafür an den Universitäten schon seit 50 Jahren nicht mehr gelehrt werde, müsse der Aufbruch zur Verschönerung der Städte in der Ausbildung von Planern und Architekten gemacht werden. Grundlegendes wie die Proportions- und Farblehre müssten beachtet werden, wenn der

öffentliche Raum, „unser gemeinsames Wohnzimmer“, gut und schön werden soll. Gelungenen gestalterischen Lösungen lag stets eine öffentliche Stadt- und Bauplanung zugrunde, die genau wusste, welche baulichen Elemente an der Ecke eines Blocks zu verwenden sind, damit der Block einladend wirkt oder wie die Fassaden und Hauseingänge gestaltet wer-



Christoph Mäckler (Mitte) auf seiner Architekt-Tour durch die Coburger Altstadt
Foto: Spieker

den müssen, damit man sich gut orientieren kann und Begegnungsräume eröffnet werden.

Kleinteiligkeit und Vielfalt waren Prinzipien der „europäischen Stadt“ gewesen. So konnte auch ein weniger schönes Gebäude von dem gelungenen Bauwerk neben ihm gleichsam aufgehoben werden. Die durch Eigentumskonzentration und Renditeorientierung von Investoren bestimmte Veränderung vieler Städte lässt dafür keinen Raum mehr. So gibt es beispielsweise in Stuttgart bereits ein Gebäude, das drei Blocks einnimmt. Ein weiteres Problem sah Mäckler darin, dass Architekten vielfach eher ihre Selbstverwirklichung vor Augen hätten, statt den zu bebauenden Raum in seiner vielfältigen Einheitlichkeit zu beachten, von der sie lediglich ein Teil sind.



Michael Spieker

Grenzüberschreitungen im Zeitraffermodus

Horst Essers Fotos zum Jahresthema der Akademie

Den diesjährigen Themenschwerpunkt der Akademie „Grenzüberschreitungen“ umfassen die großformatigen Fotografien des Weilheimer Künstlers Horst Esser. Er zeigt gesellschaftskritische und politische Werke, die vom Kino und seinen Techniken inspiriert sind.

„Darf ich Sie einladen zu einer kurzen Reise? Wir sind im Zeitraffermodus unterwegs: Sie können heute zwischen New York, Istanbul und Varanasi pendeln“, so die Kunstkritikerin Freia Oliv in ihrer Einführung.

Tatsächlich stammen die meisten Bilder des gebürtigen Kölners Esser aus weit entfernten Ländern so wie ein Motiv aus der indischen Stadt Bodh Gaya: Auf dem Bild „building gods“ ist eine riesengroße Buddha-Statue zu sehen, als unangenehme Kultfigur, wenig anbetungswürdig.

In seinen Werken spielt der Künstler mit verschiedenen Techniken wie Überblendung, Montage sowie De- und Rekonstruktion. Auch die beruflichen Erfahrungen als Cutter, Mediendidakt und Redakteur wirken auf seine Bilder mit den typischen Schnitteffekten.

Esser, der seine Bildsprache als Auto-didakt entwickelt hat, fotografiert seit mehr als 20 Jahren. Er sammelt Bilder und Eindrücke, bearbeitet sie und stellt nun seine Werke vor, die sich alle um Grenzüberschreitungen drehen. Der Künstler präsentiert Foto-reihen über die früheren Twin-To-

wers des World Trade Centers in New York, verschleierte Frauen in Zügen oder Atomkraftwerke. „Sie bergen eine durchaus soziale und politische Sprengkraft“, so Oliv.

Bei der Bearbeitung seiner Werke ist für Esser der Weg das Ziel. Ein perfektionistisches Endergebnis empfindet der Künstler als negativ: „Durch Perfektionismus macht man die Sache tot und ich will die Sachen am Leben halten. Außerdem wird ein Kunstwerk erst mit dem Betrachter zusammen zur Kunst“.

Carina Schmotz



Horst Esser vor seinem Bild „Varanasi“

Foto: Schmotz

Bis zum 6. August und nach der Sommerpause vom 1. bis zum 13. September kann man die Ausstellung in der Akademie besuchen, werktags von 8 bis 17 Uhr (an Wochenenden auf Anfrage) (siehe Presseschau Seite 28)

Öko-Lebensmittel und Innschiffahrt



Der diesjährige Betriebsausflug der Akademie rankte sich um ökologische Lebensmittel in handgemachter Qualität. Zu besichtigen waren die Hermannsdorfer Landwerkstätten bei Glonn. Bei Führungen über das Gelände wurden die Schweinezucht, die Bäckerei und die Geflügelhaltung erläutert. Artgerechte Haltung, biologisches Futter, der Verzicht auf Kunstdünger und Antibiotika haben allerdings auch ihren Preis, was beim Blick auf die Speisekarte des „Schweinsbräu“ deutlich wurde. Anschließend gab es eine Stadtführung in Wasserburg und zur Abrundung eine Schifffahrt auf dem Inn.

MS

Ein unprätentiöser Mann der ersten Stunde

Zum 40. Todestag von Akademie-Geburtshelfer Karl-Gotthard Hasemann

Vor 40 Jahren, am 14. Juni 1975, verstarb Ministerialdirektor Karl-Gotthard Hasemann ein, für die Akademie höchst wichtiger „Mann der ersten Stunde“. Ab 1957 leitete er im bayerischen Kultusministerium das neu geschaffene Referat für Politische Bildung. Die gelungene Errichtung der Akademie ist auch seiner engagierten Geburtshilfe zu verdanken.

Er wurde 1920 in Berlin geboren und studierte dort ab 1939 Rechts- und Staatswissenschaften sowie Nationalökonomie. Nach dem Kriegsdienst legte er 1947 die große juristische Staatsprüfung in München ab, wo er zunächst auch als Assessor tätig blieb. Zwischen 1947 und 1951 war Hasemann Richter und Staatsanwalt am Amts- sowie am Landgericht in Landshut, anschließend bis 1954 Staatsanwalt in der Generalstaatsanwaltschaft beim OLG München. Nach seinem Wechsel ins Bayerische Justizministerium graduierte er 1956 an der Harvard Law School, Cambridge/Mass., zum Master of Law.

Von 1957 bis 1964 beeinflusste er dann als Referatsleiter für Politische Bildung im Kultusministerium nicht allein hinter den Kulissen wirkmächtig die Geschicke der Akademie und ihrer Gremien. Gemeinsam mit Hildegard Hamm-Brücher, Felix Messerschmid, Hans Rollwagen und Eric Voegelin bildete er das Komitee zur Verfassung der nicht unumstrittenen „Denkschrift über die politische Bildung in Bayern – Stand und Erfordernisse“ von 1960. Zwischen 1959 und 1965 trat er mehrfach als Referent in Veranstaltungen der Akademie auf.

Im Rahmen seiner Verabschiedung gab Hasemann einen Bericht über den damaligen Stand der politi-

schen Bildung in Bayern. Darin heißt es: „Im November 1958 konnte die Akademie ihre Tätigkeit beginnen. Ihr Aufbau ist abgeschlossen. Dies gilt nicht nur für die organisatorischen Fragen, sondern auch für die bei der Errichtung der Akademie erst zu erarbeitende geistige Konzeption in wis-



Pressekonferenz der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung 1975: der damalige Bundesbildungsminister Helmut Rohde, Karl-Gotthard Hasemann (BLK-Generalsekretär), und Bernhard Vogel, damals Kultusminister von Rheinland-Pfalz (von links)

Foto: GWK Bonn

senschaftlicher und pädagogischer Hinsicht. Das Experiment, das mit der Errichtung dieser Akademie unternommen wurde, kann als geglückt bezeichnet werden. Die Akademie ist zu einem der entscheidenden Instrumente zur Förderung der politischen Bildung in Bayern geworden.“

Ab November 1964 widmete sich Hasemann dann vollständig der Verwaltungsreform der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, um dann am 1. September 1965 deren

Kanzler zu werden. 1966 wechselte er auf die Position des Generalsekretärs des Wissenschaftsrates in Köln. Ab 1971 bekleidete der Karrierejurist dann schließlich das Amt des Generalsekretärs der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung. 1975 starb Hasemann im Alter von nur 55 Jahren.

Wie unprätentiös er war, zeigt diese Anekdote: Wurde Hasemann, wie damals selbstverständlich, als „Herr Regierungsdirektor“ angesprochen, dann reagierte er mit der Bemerkung: „Ich heiße Hasemann, aber wenn Sie wollen, rede ich Sie auch gern mit der Gehaltsklasse an“. Der frühere Akademiedozent Heinrich Schneider erinnert sich: „Als überzeugter Liberaler (meinem Eindruck nach mit einer Neigung zum Sozialliberalismus) war er im bayerischen Kultusministerium fast ein Unicus. Er identifizierte sich mit den Ideen der Gründerväter, aber auch mit der Konzeption Messerschmids, dessen katholische Überzeugungen und Positionen er zwar nicht teilte, aber respektierte. Was immer an Anregungen zur freiheitlich-rechtsstaatlich und demokratisch ausgerichteten politischen Bildung an ihn herangetragen wurde, fand seine konse-

quente und nachdrückliche Unterstützung. Zwar passte er nicht so ganz in die im Ministerium herrschende Mentalität, aber seine Kompetenz, seine Integrität und seine Gewohnheit, offen auszusprechen, was er dachte, brachten es mit sich, dass sein Wort gehört wurde. Längst vor den im Jahre 1968 in Deutschland eingeleiteten Veränderungen des Umgangsstils war er ein Freund der frischen Luft, die überständigen Mief vertreiben sollte.“

Steffen H. Elsner

BAYERISCHE STAATSZEITUNG vom 13. März 2015:

„Worte öffnen Fäuste“

... „Die Bürger erwarten heute, dass Politiker von allem alles verstehen“, sagte Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung. Ihr Hochschullehrerkollege Armin Nassehi, ein Soziologe, wünschte sich, dass sowohl Wissenschaftler als auch Politiker öfter einmal zugäben „ich weiß es nicht“, als ihre Zuhörer mit wohlklingenden Sätzen zu beruhigen. „Die Kanzlerin hat geredet, aber was hat sie gesagt?“, zitierte Oberreuter den FAZ-Herausgeber Jürgen Kaube. Die Kunst der Überzeugung besteht für Nassehi nicht darin, das richtige Sachargument parat zu haben, sondern darin, „sich in sein Gegenüber hineinversetzen zu können. Und das heißt auch: den anderen ernstzunehmen“. Und damit war die Diskussion am eigentlichen Angelpunkt des Abends angelangt: Wie umgehen mit dem Phänomen Pegida?

Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, verglich die Dresdner Bewegung und ihre wöchentlichen Demonstrationen gegen eine angeblich drohende Islamisierung mit den 1968er-Aufständen in Westdeutsch-

land: „In den beiden Fällen ist eine Blase geplatzt – im Westen 25 Jahre nach Kriegsende, im Osten 25 Jahre nach der Einheit. Und in beiden Fällen verlangen Menschen, dass man ihnen zuhört.“ Pegida bündelt diffuse Ängste und vertritt teils inakzeptable Positionen, „aber die ostdeutsche Gesellschaft kann durch Pegida gewinnen“, meint Richter. Voraussetzung dafür sei, dass man Pegidas Positionen ernst nehmen und ihnen mit Gegenargumenten begegne. Dann werde Pegida irgendwann erkennen, „dass die Demokratie eine Problemlösungskompetenz besitzt wie keine andere Staatsform“. Es sei vielen gelernten DDRlern immer noch fremd, dass ein demokratischer Staat seine Positionen im Rahmen eines politischen Dialogs anpassen könne.

Oberreuter lobte Richter, der zu den ersten gehört hatte, die Pegida ins Gespräch mit den Medien brachten. Und er kritisierte die Gegendemonstranten: „Einen Cordon sanitaire um Pegida zu legen ohne gleichzeitig Argumente auszutauschen, das ist schlicht eitel. Worte öffnen Fäuste.“ Wer sage „mit diesen Idioten reden

wir nicht“, müsse wissen: „Auch diese Idioten gehören zum Volk.“

Phänomene wie Pegida nur zur Kenntnis zu nehmen „und dann zur Tagesordnung überzugehen, diesen Fehler müssen wir vermeiden“, warnte Ursula Münch, damit aus Pegida keine Gefährdung für die Demokratie erwächst. Politische Bildung könne hier zur Aufklärung beitragen, „zum Beispiel darüber, dass die Bundesregierung keinen Einfluss auf die Zahl der Flüchtlinge hat“. Auch warnte Münch die Parteien davor, ihre Wähler nur noch in der Mitte der Gesellschaft zu suchen. Politische Positionen müssten sich wieder deutlicher unterscheiden, „damit die Menschen nicht irgendwann die Demokratie in Frage stellen“. Hiergegen helfe indes das persönliche Gespräch. Umfragen zeigten, dass Bürgerinnen und Bürger, die einen Politiker persönlich getroffen haben, ihn und sein politisches Handeln regelmäßig positiver beurteilten als Politiker, denen sie noch nie begegnet sind. Deshalb sei es Aufgabe der politischen Bildung, Politikern „die knappste ihrer Ressourcen, die Zeit, abzurufen“ und sie ins Gespräch mit ihren Wählern und Nichtwählern zu bringen...

(siehe Bericht Seite 3)

Uli Heichele in der TZ vom 6. März 2015

Söder trutzt Griechen

Finanzminister hält bissige Rede vor bayerisch-hellenischem Verein

Das war eh mutig... Die Griechische Akademie, ein Verein zur Förderung des bayerisch-griechischen Dialogs, hat zu seinem Jahresempfang in München den bayerischen Finanzminister Markus Söder (48, CSU) als Redner eingeladen. Thema am Mittwochabend war: „Finanzpolitik im Euro-Raum“. Zündstoff! Denn klar: Auch wenn im Publikum viele Griechen sind, kann man nicht damit rechnen, dass Söder die neue griechische Regie-

rung und deren Umgang mit dem Geld lobt. Tatsächlich hält er eine richtig bissige Rede – dafür erntet er Raunen aus dem Plenum.

Zum Beispiel in dieser Szene hier ...Söder vergleicht die griechische Regierung und ihr Herangehen an die EU mit einem Sparkassen-Kunden. Der sagt: „Ich habe zwar 80 Millionen Schulden bei euch – aber ich verspreche, dass ich jedes Jahr zwei Euro

zurückzahle.“ Söder: „Dafür ernten Sie bei der Bank keinen Applaus...“ Grundgedanke der Rede: Die griechische Regierung ist selbst verantwortlich für ihre Entscheidungen – und sie wird nur mit Solidarität weiterkommen. Söder lächelt: „Griechenland muss nicht bayerisch werden. Aber schaden würde es nicht...“

(siehe Bericht Seite 14)

Georg Anastasiadis im *MÜNCHNER MERKUR* vom 6. März 2015:

Die Leiden des griechischen Patienten

...Söder wiederholte zwar nicht frühere Forderungen, Griechenland das Seil zu kappen. Aber er machte auch unmissverständlich klar: „Wir helfen Griechenland. Aber nur dann, wenn es sich auch helfen lassen will. Jetzt muss die neue griechische Regierung liefern.“ Die Folge eines „wenn nicht“ blieb unausgesprochen – aber die konnte sich jeder der rund 250 Gäste, darunter viele Griechen, selbst dazu denken.

Keinen Hehl machte Söder aus seiner Enttäuschung über die neue Athener Links-Rechts-Regierung. „Für überzeugtes Vertrauen in diese Regierung ist es nach den Erfahrungen der letzten Wochen zu früh.“ Ein Nachgeben

gegenüber Athener Forderungen dürfe es nicht geben. Denn dann bestehe die Gefahr einer politischen Ansteckung der Reformländer Spanien und Portugal, die unter großen Entbehrungen ihre Hausaufgaben machten. „Wenn man sich in Therapie begibt, ist es verheerend, diese zwischendrin einfach abubrechen“, wie es die Tsipras-Regierung mit der Auflegung eines neuen, 27 Milliarden schweren Sozialprogramms beabsichtigt habe.

Söder positionierte sich strikt gegen amerikanische Forderungen, Europa solle Griechenland abermals retten, um es nicht Putin auszuliefern. Politische Argumente dürften nicht dauerhaft über ökonomische gestellt wer-

den, verlangte der Finanzminister. Amerika, das sich zur Ankurbelung seiner Konjunktur immer weiter verschulde, sei im Übrigen ein untaugliches Vorbild für Europa, sagte Söder an den anwesenden US-Generalkonsul Bill Moeller gewandt. Erstens investierten die USA das geliehene Geld, während es in Griechenland verbraucht werde. Und zweitens stelle sich in den USA anders als in der Eurozone nicht das Problem, dass starke Länder für die Finanzierung der schwachen dauerhaft zur Kasse gebeten würden...

(siehe Bericht Seite 14)

Theresia Wildfeuer in der *PASSAUER NEUEN PRESSE* vom 12. Februar 2015:

Einblick in die britische Seele

Für einen Verbleib in einem reformierten Europa hat sich der britische Generalkonsul Paul Heardman aus München in seinem Festvortrag im Rahmen der trinationalen Schülerakademie „EuropaPolitik erleben!“ der Akademie für Politische Bildung Tutzing an der Uni Passau ausgesprochen...

Einblick in die britische Seele wolle er geben, sagte der Generalkonsul vor Schülern, Studenten, Professoren und Ehrengästen im vollbesetzten Audimax angesichts der laufenden Debatten über einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU und des hierzu geforderten Referendums. Das Vereinigte Königreich, das der Europäischen Gemeinschaft 1973 beitrug,

sehe Europa nicht als Selbstzweck, sondern erwarte konkrete Vorteile. Viele Briten stünden Europa skeptisch gegenüber, weil der Beitritt für sie nicht den erhofften wirtschaftlichen Erfolg brachte. Dennoch bringe die EU auch für das Königreich Vorteile, ermögliche zum Beispiel günstiges Reisen.

„Wir brauchen dringend mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa“, sagte Heardman. Der Anteil Europas an der globalen Wirtschaft sinke in den nächsten 15 Jahren um 50 Prozent. Während sich die Welt enorm schnell ändert, streite man in Europa über neue bürokratische Regelungen. Er plädierte für einen Verbleib in der EU, wünschte aber wie der britische Pre-

mier David Cameron Reformen, um in der EU mehr Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität zu erreichen. Zugleich sollte nicht alles in Brüssel entschieden werden. Alleingänge von Mitgliedsstaaten, etwa bei militärischen Einsätzen, sollten weiter möglich sein. Gewinne Cameron die Parlamentswahlen, wolle er 2017 über einen Verbleib in der EU abstimmen lassen. Heardman stellte sich hinter die europäischen Werte, forderte aber Fairness in der Lösung der Eurokrise. Diese dürfe zu keiner Schwächung des Binnenmarkts führen. Wie wichtig den Briten gute Beziehungen zu Deutschland sind, zeige der Besuch der Queen Ende Juni...

(siehe Bericht Seite 15)

DONAUKURIER vom 13. März 2015:

„Wir haben eine Systemkrise wie 1968“

...Sicher, mit Untergangsszenarien ist man angesichts von derzeit wieder auflebenden „Pegida“-Demonstrationen, kontinuierlich sinkender Wahlbeteiligung (zuletzt 56,6 Prozent in Hamburg, der niedrigste jemals in den alten Ländern bei einer Landtagswahl gemessene Wert) und immer schrillerem Politiker-Bashing in den sozialen Netzwerken schnell bei der Hand. „Doch die Frage nach der Gefährdung der Demokratie ist so alt wie die Demokratie selbst“, wie Armin Nassehi, Soziologieprofessor an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität und einer der Teilnehmer

der Diskussionsrunde, ruhig konstatierte. Also doch business as usual im bundesdeutschen Parlamentarismus? Nicht ganz, „denn der Zynismus und die Verachtung gegenüber den politischen Eliten hat inzwischen ein so noch nie gekanntes Ausmaß erreicht“, wie Heinrich Oberreuter, emeritierter Professor an der Universität Passau und jahrzehntelanger Beobachter und TV-Kommentator speziell der bayrischen Landespolitik, dagegenhielt. „Wir haben inzwischen eine Systemkrise wie zu Zeiten der Unruhen von 1968 – nur ohne die damals dahinterstehende Ideologie“, ist Oberreuter

überzeugt. Die Landtagspräsidentin wiederum sagte, „dass das demokratische Miteinander vom gegenseitigen Vertrauen lebt und von der Bereitschaft, sich einzubringen, von offenen Diskussionen und dem Sinn dafür, dass auch andere Positionen legitim sind“.

Einig waren sich die Wissenschaftler immerhin in einer der wichtigsten Ursachen der Malaise: Die Politiker können ihr Handeln den Menschen nicht richtig erklären – und versuchen es auch häufig gar nicht mehr. Oder wie es Oberreuter in ein Bonmot verpackte: „Die Kanzlerin hat gesprochen – aber hat sie auch etwas gesagt?!“...

(siehe Bericht Seite 3)

Freia Oliv im STARNBERGER MERKUR vom 18./19. April 2015:

Ebene hinter der vermeintlichen Realität

Horst Esser zeigt in Politischer Akademie Photo-Graphiken, die unter die Haut gehen

Eine Reise im Zeitraffer-Modus zwischen New York, Istanbul und Varanasi in Indien: Das kann die Ausstellung von Horst Esser in der Politischen Akademie Tutzing auch sein. Aber keine, die man aus der Tourismus-Industrie kennt. Sie ist eine Reise zu neuen optischen Erfahrungen, durchaus sozial und kritisch erhellend. Und sie führt zu einer Ebene hinter der vermutlich so blanken Realität. Was dahinter liegt, präsentiert er in Tutzing unter dem Titel „Grenz-Überschreitungen“.

Deutlich wird spürbar, dass Esser aus dem Film-Business kommt. 1948 in Köln geboren, studierte er in seiner Heimat Medienpädagogik, arbeitete ab 1980 als Cutter bei den Bavaria Filmstudios sowie als Filmredakteur

und Mediendidakt. In seinen Photo-Graphiken überträgt er sein Interesse für die Montage in die Kunst, um Gegensätzlichkeiten und Ambivalenzen nachvollziehbar zu machen. Der Peißenberger hat dabei vor allem Reisen für seine Kunst genutzt.

Beispiel Indien: „Varanasi“, die heiligste Stadt der Hindus, und seine weltberühmten Treppen an den Ufern des Ganges, schon in der Realität schier unglaublich, hat er in eine wahre Erscheinung umgewandelt. Wie eine Gottheit über einem heiligen, fast antiken Bade wirkt die schwebende Mädchenfigur, die er aus einem alten Foto übernommen hat. Eine geistige Dimension spricht natürlich auch das Bild „building gods“ an: jene Buddhafiguren im Strom- und Lichternetz, die

als kritischer Kommentar zur inflationären Fabrikation dieser Devotionalien gelesen werden könnte oder als Metapher für die Allgegenwärtigkeit der Götter.

Deutlich politischer ist die Serie „Wire Performance“: Ein Stacheldraht, groß in den Vordergrund gerückt, windet sich immer einnehmender schräg durch das Bild. Hell und dominant sticht er von den Kühltürmen im Hintergrund ab. Klar, man verbindet Abwehr, Gewalt, Verletzung mit dem Stacheldraht. Aber auch pure Ästhetik. Genauso wie sich in „Warcraft Spirit“ der Geist des Krieges in Klarheit, Ordnung und düsterer Martialität manifestiert...

(siehe Bericht Seite 24)

Die Ausstellung ist noch bis 6. August und vom 1. – 13. September in der Akademie zu sehen (werktags von 8 – 17 Uhr)

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

24-2* 10. – 12. Juni
Tutzingener Schülerforum: EuropaPolitik erleben!
 Leitung: Robert Lohmann / Barbara Weishaupt
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

24-3 12. – 14. Juni
Grenzüberschreitende Räume – Regionale Verflechtung und Zusammenarbeit in Europa
 Leitung: Andreas Kalina
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-2* 15. – 19. Juni
Fakultas Sozialkunde: Wiederholen, Vertiefen
 Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 6. Sequenz / 6. Lehrgang
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Barbara Weishaupt / Sabine Wintermantel
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

25-5 16. – 17. Juni
Tutzingener Journalistenakademie: Recht brauchbar
 Juristisches Rüstzeug für die journalistische Praxis
 Leitung: Michael Schröder / Johanna Onischke
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-6 19. – 21. Juni
Zwischen Widerstand und Anpassung: Protestbewegungen in Osteuropa
 In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde
 Leitung: Andreas Kalina / Martin Brusiš
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17

Internet: www.apb-tutzing.de
www.facebook.com/APBTutzing
www.twitter.com/APBTutzing
www.youtube.com/APBTutzing

25-3 21. Juni
Über Brücken: 25 Jahre Deutsche Einheit
 18. Passauer Tetralog mit Marianne Birthler, Bernhard Vogel, Hans-Jochen Vogel und Reiner Kunze im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau
 In Zusammenarbeit mit den Europäischen Wochen Passau und der Universität Passau
 Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
*Außenveranstaltung in Passau, Beginn 12:00 Uhr
 Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich!*

25-1 21. – 23. Juni
**Tutzingener Journalistenakademie:
 11. Tutzingener Radiotage**
 In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
 Leitung: Michael Schröder / Berthold L. Flöper
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-2* 24. – 26. Juni
Politikwissenschaft und Interkulturalität
 In Kooperation mit dem Bayerischen Zentrum für Politische Theorie
 Leitung: Michael Spieker / Karl-Friedrich Herb
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

26-6 26. – 27. Juni
**Forum Verfassungspolitik:
 Justiz im Wandel? – Rechtsstaat in der Bewährung**
 Leitung: Ursula Münch / Hans-Jürgen Papier / Gero Kellermann
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-4 29. – 30. Juni
**Entfremdet vereint?
 Das Vereinigte Königreich und Europa**
 In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern e.V. und der Vertretung der Europäischen Kommission in München
 Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina / Harald Parigger / Birgit Schmitz-Lenders / Joachim Menze
 Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47
Außenveranstaltung auf der Fraueninsel im Chiemsee

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juli

27-1*

1. – 3. Juli

Vom Anfang bis zum Schluss:

Lebensbeginn und Lebensende im Fokus der Ethik

In Zusammenarbeit mit den bayerischen Landesverbänden des Katholischen Deutschen Frauenbundes und des Deutschen Frauenrings sowie den Evangelischen Frauen in Bayern

Leitung: Gero Kellermann / Linda Paquet

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

28-3*

6. – 10. Juli

Werteerziehung im Biologieunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Markus Drechsler

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

28-4*

6. – 10. Juli

Konflikte in der Demokratie:

Politischer Extremismus

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Barbara Keppeler

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

28-5

10. – 12. Juli

Globalisierung und regionale Integration:

Ökonomische Entwicklungen, Perspektiven und Grenzen

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

30-1

20. – 24. Juli

Tutzingener Didaktikforum: Planspiel-Werkstatt

Entwicklung von Politiksimulationen in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

30-2*

20. – 24. Juli

Tutzingener Schülerforum: Plan YOUR Game

Workshop für kreative Querdenker ab 16

Leitung: Michael Schröder / Andrea Heinecke

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Anmeldung über: www.schlaue-spiele.com

30-3*

25. Juli

Die Anziehungskraft des Islamismus.

Ursachenforschung und Gegenstrategien

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Stadtakademie München

Leitung: Ursula Münch / Barbara Weishaupt /

Jutta Höcht-Stöhr

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

31-3

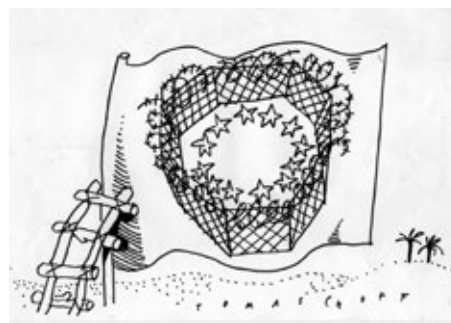
27. – 28. Juli

Europäisches Asylrecht – Europäische Varianz

In Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Regionenforschung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Petra Bendel

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47



Zeichnung: Jan Tomaschoff/toonpool.com

31-4*

27. – 29. Juli

Openness, Institutions, and Development

Seventh Joint IOS/APB/EACES Summer Academy on Central and Eastern Europe, in Kooperation mit dem Institut für Osteuropa- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg und der European Association for Comparative Economic Studies (EACES)

Leitung: Wolfgang Quaisser / Miriam Frey / Jürgen Jerger

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über das IOS Regensburg

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

31-5 27. Juli
Akademiegespräch am See:
Flucht nach Europa – Was kann verantwortliche Migrationspolitik leisten?
 Podiumsdiskussion unter anderem mit Staatsminister Joachim Herrmann (CSU) und Claudia Stamm (Bündnis90/Die Grünen)
 Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann
 Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

31-6* 29. – 31. Juli
Denken am See:
Gibt es ein gutes Leben in der digitalisierten Welt?
 In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk
 Leitung: Wolfgang Quaisser / Thomas Ressel / Gerhard L. Endres / Klaus Heimann
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr!

31-1* 30. Juli – 1. August
Sozialkundeunterricht praktisch und praktikabel – Impulse für den Berufseinstieg
 Fortbildung für Referendare der Sozialkunde an Gymnasien
 Leitung: Barbara Weishaupt
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

August

31-2 1. – 4. August
Tutzing Sommerakademie:
Realität und Fiktion: Verfilmte Zeitgeschichte(n)
 Leitung: Michael Mayer
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

31-7 2. August
Filmgespräch am See:
Realität und Fiktion – Verfilmte Zeitgeschichte(n)
 In Zusammenarbeit mit dem Fünf-Seen-Filmfestival Starnberg
 Leitung: Ursula Münch / Matthias Helwig
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

31-8* 2. – 6. August
Lernort Natur
 In Kooperation mit der Akademie Dillingen, der Technischen Universität München und dem Schülerforschungszentrum Berchtesgaden
 Leitung: Michael Spieker / Ulrich Dettweiler / Markus Drechsler
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
*Anmeldung über die Akademie Dillingen
 Außenveranstaltung im Nationalpark Berchtesgaden*

32-1 4. – 7. August
Tutzing Sommerakademie: Welt aus den Fugen. Über die Notwendigkeit eines neuen Weltregierens
 Leitung: Anja Opitz
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17

32-2* 7. August
Tutzing Schülerforum: EuropaPolitik erleben!
 Politiksimulation zur Europäischen Union
 In Zusammenarbeit mit der Europäischen Talent Akademie der Fraunhofer-Gesellschaft
 Leitung: Michael Schröder / Sarah Morcos / Birgit Geiselbrechtinger
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58
Außenveranstaltung in Lindau

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sabine Wohlhaupter (Sekretariat der Direktorin)	S.Wohlhaupter@apb-tutzing.de
Antonia Kreitner	A.Kreitner@apb-tutzing.de
Ingrid Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Alexandra Tatum-Nickolay	A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de
Simone Zschiegner	S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch hielt im Rahmen des Drei-Königs-Treffen der CSU Vaterstetten den Festvortrag „Republik und Politik im Wandel“. Im Rahmen einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema „Entgrenzter Rechtsextremismus?“ moderierte sie das Podium zu „Rechtsextremismus in den USA und Russland“. Bei der Arbeitstagung „Berufliche Bildung für Asylbewerber und Flüchtlinge“ der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst trug sie über „Menschen auf der Flucht: Ursachen, Ausprägungen und Folgen von Zwangsmigration“ vor. Für die Universitätsgesellschaft der LMU moderierte sie im Rahmen der Reihe „drinnen und draußen“ eine von ARD-alpha aufgezeichnete und im Rahmen der „Denkzeit“ ausgestrahlte Podiumsdiskussion „Medien: Meldungen, Meinungen, Menschen“. Beim Katholischen Bildungswerk Miesbach sprach die Direktorin über „Demokratie im Wandel – von alten Verheißungen und neuen Erwartungen“ und vor der Jungen Akademie der TUM, dem Förderprogramm der TUM für besonders talentierte und engagierte Studentinnen und Studenten, referierte sie über „Elitenmigration“. An der Universität der Bundeswehr München hielt Professorin Münch im Wintersemester 2015 ein Seminar im Bachelorstudiengang zum Thema: „Parteien und Parteiensystem in Deutschland. Strukturen, Entwicklung, Perspektiven“.

KOLLEGIUM

Dr. Michael Schröder referierte im Kloster Banz über „Facebook, Twitter & Co. – Öffentlichkeitsarbeit im Internet“.

Dr. Andreas Kalina gibt im Sommersemester 2015 am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Nord versus Süd – West versus Ost? Alte und neue Grenzziehungen in der Europäischen Union“.

FÖRDERKREIS

Gernot Abendt, Vorsitzender des Förderkreises der Akademie, erhielt von der Gemeinde Tutzing für seine kommunalpolitischen Verdienste (24 Jahre Gemeinderat, 6 Jahre Kulturreferent und 3. Bürgermeister) die Bürgermedaille.

VERWALTUNG

Hausmeister **Michael Wrase** sowie der frühere Hausmeister **Johann Kratzer** wurden von der Gemeinde Tutzing für ihre vielfältigen ehrenamtlichen Aufgaben geehrt. Kratzer erhielt die Bürgermedaille, Wrase bekam den Ehrenbrief für seine Aktivitäten bei der Wasserwacht und beim Roten Kreuz.

Akademiedirektorin:
Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:
Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:
Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Volker Benkert M.A.
(Vertretung Dr. Michael Mayer)
Zeitgeschichte

Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.
Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt
Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas M.A.

Miriam Zerbel M.A.

(Vertretung Sebastian Haas)